

# Abschied von China? – Eine politische Standortbestimmung Taiwans nach den Präsidentschaftswahlen im März 2000

Gunter Schubert

*After the second direct presidential elections of March 2000, Taiwan's domestic politics has become much more complicated than it was before whereas its mainland policy is literally deadlocked. The new ruling Democratic Progressive Party does not hold a parliamentary majority. Its position is further hampered by the opposition's ideological distance concerning the issue of Chinese unification. While the DPP is sharpening its independence profile, the Guomindang, the new-founded People First Party and the New Party adhere to reunification as the ultimate goal. However, all parties agree to the unconditioned political sovereignty of Taiwan before any consensus with the Beijing government is reached. The PRC has taken a wait-and-see-approach, mistrusting in the Chen administration but powerless to change the strategic impasse in the Taiwan strait. To solve the Taiwan issue, new models must be applied that would finally have to break up with the traditional understanding of the Chinese nation being represented by a unitary Chinese state.*

## 1 Einleitung

Seit den zweiten direkten Präsidentschaftswahlen im März 2000 ist die internationale Aufmerksamkeit gegenüber der Republik China auf Taiwan merklich gestiegen. Der unerwartete Sieg des Kandidaten der oppositionellen Demokratischen Fortschrittspartei (DFP) Chen Shuibian und die gleichzeitige verheerende Niederlage des Bewerbers der regierenden Guomindang (GMD) Lian Zhan hatten, so waren sich die Analysten weltweit einig, den taiwanesischen Demokratisierungsprozess zu seinem endgültigen Abschluss gebracht: Erstmals kam es zu einem Machtwechsel an der Staatsspitze, bei dem die Opposition das Zepter übernahm. Außenpolitisch war der Ausgang der Wahlen von weitreichender Bedeutung. Die Person Chen Shuibians, der sich seit den frühen 80er-Jahren als mutiger Regimekritiker und entschiedener Befürworter einer taiwanesischen Unabhängigkeit (*taidu*) einen Namen gemacht hatte, war vor allem für die VR China eine *persona non grata*. Hier kam ein Mann zum Zuge, dem aus der Sicht der Regierung in Beijing nicht zu trauen war und den man trotz aller seiner im Vorfeld des Urnengangs in Richtung Festland ausgesandten Signale eigener Verhandlungsbereitschaft des Verrats an der chinesischen Einheit beschuldigte.

Einer Entspannung der sino-taiwanesischen Beziehungen konnte dieser Wahlausgang insofern nicht dienen; faktisch ist die Kriegsgefahr in der Taiwanstraße unver-

ändert groß, möglicherweise sogar noch größer als gegen Ende der 90er-Jahre. Zwar müssen die Machthaber in der KP China einsehen, dass der neue taiwanesishe Präsident ungeachtet seines knappen Wahlsieges eine hohe politische Legitimation bei der taiwanesischen Bevölkerung besitzt und dass diese – so zeigten schon die Präsidentschaftswahlen 1996 – auch durch die Androhung militärischer Gewalt nicht mehr eingeschüchtert werden kann.<sup>1</sup> Politische Konsequenzen zieht die chinesische Führung daraus jedoch bisher nicht. Vielmehr hält sie unbeirrt an einer Wiedervereinigung nach dem Modell "ein Land, zwei Systeme" fest und setzt damit jenem Verhandlungsspielraum enge Grenzen, den es für eine friedliche Lösung der Taiwanfrage bedarf.

Aber auch innenpolitisch war der von den Präsidentschaftswahlen ausgehende Einschnitt tief: Zwar blieben die Machtverhältnisse in der taiwanesischen Volksvertretung zunächst unverändert, waren der neue Präsident und seine Regierungsmannschaft also zu einer *de facto-cohabitation* mit der GMD gezwungen. Aber die GMD selbst stand in gewissem Sinne vor der Existenzfrage. Ihre Niederlage war genauso sensationell wie desaströs, führte sie doch nicht nur zum Verlust des Präsidentenamtes, sondern auch zu einer Quasi-Spaltung der Partei und einer tiefen Glaubwürdigkeitskrise bei ihren Anhängern. Die Gründung der People First Party (Qinmindang/PFP) durch den früheren GMD-Generalsekretär und Gouverneur der Provinz Taiwan Song Chuyu Ende März 2000, die sich fast ausschließlich aus früheren Anhängern der GMD rekrutiert, drohte (und droht) zum Abzug erheblicher Teile der GMD-Stammwählerschaft zu führen. Song war bei den Präsidentschaftswahlen gegen den erklärten Willen des GMD-"Übervaters" und langjährigen Staatspräsidenten Li Denghui gegen dessen Kandidaten Lian Zhan angetreten, wurde dafür aus der Partei ausgeschlossen und anschließend massiv politisch bekämpft. Dennoch schnitt der bei großen Teilen der Bevölkerung respektierte Song weitaus besser ab als sein Gegenspieler Lian und unterlag dem späteren Sieger Chen Shuibian nur knapp.<sup>2</sup> Seitdem bemüht sich Song, seine Popularität in der PFP zu bündeln und auf diese Weise eine langfristig tragfähige parteipolitische Basis aufzubauen.

Währenddessen bemüht sich die GMD um Rekonsolidierung und hat sich einen umfassenden, wenn auch sehr schwierigen innerparteilichen Reformkurs verordnet. Vor den richtungweisenden Parlamentswahlen im Dezember 2001 gilt es nach Maßgabe aller Meinungsumfragen als nahezu sicher, dass die GMD auf die Größe einer 20%+-Partei zurückgestutzt wird und kaum noch einmal stark genug werden dürfte, um eine nationale Wahl mit absoluter Mehrheit zu gewinnen. Dies hängt aber nicht nur von der Etablierung der PFP in der politischen Landschaft Taiwans ab, sondern

1 Im Vorfeld der ersten direkten Präsidentschaftswahlen übte die VR China über Monate hinweg durch die Abhaltung mehrerer Militärmanöver massiven Druck auf Taiwan aus, um die Bevölkerung von einem Votum für den Amtsinhaber Li Denghui abzuhalten. Dieser hatte in den Augen Beijings seit Jahren eine Politik der taiwanesischen Unabhängigkeit verfochten und wurde als Vaterlandsverräter und Sicherheitsrisiko für die sino-taiwanesischen Beziehungen bezeichnet. Am Ende führte die "Raketenkrise" im Frühjahr 1996, als die Volksbefreiungsarmee mit scharfer Munition in der Taiwanstraße übte und die Entsendung zweier US-amerikanischer Flugzeugträgerverbände in die Region provozierte, zu einem Solidarisierungseffekt der Inselbevölkerung mit ihrem Präsidenten, der diesem einen überlegenen Wahlsieg bescherte.

2 Der Rückstand Songs auf Chen betrug lediglich 312.805 Stimmen.

auch von der *performance* der DFP. Wie ist diese aber mit ihrer neuen Rolle als nominelle Regierungspartei bisher fertiggeworden? Welche Perspektiven ergeben sich aus den innenpolitischen Kräfteverschiebungen nach den Präsidentschaftswahlen langfristig für das taiwanesisches Parteiensystem, das sich bisher so stark an der *taidu*-Frage ausgerichtet hatte? Und was lässt sich aus all dem folgern für den zukünftigen Kurs der taiwanesischen Innen- und Außenpolitik sowie für die Entwicklung des sino-taiwanesischen Verhältnisses?

Der folgende Beitrag versucht, entlang dieser Fragen eine politische Standortbestimmung Taiwans vorzunehmen. Es geht dabei um die Grundlinien des Selbstverständnisses einer Gesellschaft, die sich – so meine These – im Laufe der vergangenen etwa zwanzig Jahre allmählich als eigene Nation<sup>3</sup> konstituiert hat. Dieser *nation building*-Prozess vollzog sich im Kontext des Kampfes gegen den Autoritarismus und seine erfolgreiche Überwindung, der kulturellen und politischen Emanzipation von einem aufgezwungen gesamtchinesischen Nationalismus und der Erfahrungen mit dem Prinzip demokratischer Selbstbestimmung und "ethnischer" Toleranz, die den liberalen Verfassungsstaat allmählich zum Kernelement der nationalen Identität Taiwans haben werden lassen. Diese Entwicklung, so soll anhand einer kurzen Beleuchtung der Diskussion der Taiwanfrage in der VR China deutlich gemacht werden, ist auf dem Festland noch nicht verstanden worden. Dahinter steckt sicherlich mehr als nur die Angst der KP China, ein Verlust Taiwans könnte ihre Herrschaftslegitimation über das kritische Maß hinaus gefährden. Mit Taiwan steht und fällt für die politische und intellektuelle Klasse im "Reich der Mitte" der Traum von einem starken und geeinten China (*qiangguomeng*), der Mythos von der "aufstehenden chinesischen Nation", die erst mit der Wiedergewinnung Taiwans ihre Vollendung erlangt und damit ihre "historische Mission" erfüllt. Dies aber ist angesichts des globalen, für manche gar postnationalen Zeitalters, in dem wir leben, ein durchaus fragwürdiger kulturelnationalistischer Atavismus. Der sino-taiwanesischer Konflikt ist in vieler Hinsicht Ausdruck für die moderne Frontstellung zwischen Nationalismus und Liberalismus, obwohl zwischen diesen Konzepten prinzipiell kein Widerspruch besteht. Denn dem Nationalismus wohnte historisch betrachtet schon immer ein emanzipativer, demokratischer Gestus inne, und nur unter Rekurs auf seine enge Verwandtschaft mit dem Liberalismus ist eine friedliche Lösung der Taiwanfrage überhaupt konzeptionalisierbar. Dann aber stünden das politische System der VR China und das dortige nationale Selbstverständnis zur Disposition. Der Herrschaftsanspruch und die manipulative Macht der KP China sind insofern nur die eine Seite des Problems; die andere ist das überkommene Unvermögen des chinesischen Nationalismus, Staat und Nation auseinander zu denken.

---

3 Aus Raumgründen möchte ich hier auf eine detailliertere Erörterung dieser These verzichten. Vgl. hierzu Schubert, Gunter, "L'émergence d'une nouvelle nation? Le discours sur l'identité taiwanese", in: *Perspectives Chinoises*, (April 1999) 52, S. 58-70, sowie ders., *Der lange Kampf um die Nation – Dimensionen nationalistischen Denkens im China der 90er Jahre*, Institut für Asienkunde, Hamburg (i.E.). Zudem beschäftigt sich eine in Arbeit befindliche Monographie des Autors mit dem *nation-building*-Prozess in Taiwan seit den frühen 90-er Jahren.

## 2 Innenpolitische Aspekte des "Machtwechsels" in Taiwan

Bis zu den Präsidentschaftswahlen wurde das taiwanesisches Parteiensystem durch drei Gruppierungen bestimmt: GMD, DFP und die 1993 aus einer Abspaltung unzufriedener Festländer aus der GMD hervorgegangene Neue Partei (Xindang/NP). Nach den letzten Wahlen zum Legislativ Yuan Ende 1998 verfügte die GMD über eine absolute Mehrheit von 123 der insgesamt 225 Sitze, d.h. über insgesamt 21 Mandate mehr als die gesamte Opposition. Damals konnte man noch zu Recht von einem großen Sieg gegen die DFP sprechen, vielleicht sogar von der Umkehr eines seit den frühen 90er-Jahren anhaltenden Abwärtstrends bei den Stimmenanteilen in nationalen und lokalen Wahlen.<sup>4</sup> Die Spaltung der GMD-Wählerschaft durch die Kampfansage Song Chuyus an den offiziell von der Regierungspartei nominierten Kandidaten Lian Zhan führte dann jedoch nicht nur zu einem Absturz der GMD in den Präsidentschaftswahlen, sondern reduzierte anschließend auch deren Fraktionsstärke im Legislativ Yuan. So erklärten gleich nach der Gründung der PFP Ende März 2000 insgesamt 18 Abgeordnete – 11 davon waren GMD-Mitglieder –, zukünftig diese Partei unterstützen zu wollen; zahlreiche weitere waren ebenfalls dazu bereit, bekannten sich jedoch noch nicht öffentlich dazu.<sup>5</sup> Damit verlor die GMD faktisch ihre gesetzgeberische Mehrheit, obwohl sie weiterhin davon profitiert, dass es der DFP nicht gelingt, die anderen oppositionellen Kräfte geschlossen hinter sich zu bringen. Die Berufung einer Koalitionsregierung mit der GMD kam für Chen Shuibian und die DFP-Führung indes von Anfang an nicht infrage. Im Ergebnis hat dies zu einer innenpolitischen Blockade geführt, die nicht nur wichtigen Reformvorhaben entgegensteht, sondern auch das internationale Anlegervertrauen untergräbt.<sup>6</sup>

Das für die taiwanesischen Innenpolitik wohl wichtigste Signal der Präsidentschaftswahlen an die Wählerschaft war, dass es – salopp gesprochen – zukünftig tatsächlich ohne bzw. gegen die GMD gehen könnte. Sollte sich die PFP in der Parteienlandschaft Taiwans tatsächlich etablieren, wird es der GMD schwer fallen, auch nur annähernd die Stimmenanteile vergangener Jahrzehnte wiederzuerlangen. Angesichts der früheren Übermacht der GMD in der taiwanesischen Politik ist dies als geradezu dramatische Entwicklung zu bezeichnen, die weniger mit einer grundsätzlichen Distanzierung der Bevölkerung von der GMD zu tun hat als mit deren maßgeblich von Li Denghui betriebener ideologischer Neuorientierung seit den frühen 90er-Jahren und der daraus resultierenden zweimaligen Spaltung der Partei: 1993 durch die Gründung der Neuen Partei; und 1999 durch die Gründung der PFP. In beiden Fällen handelte es sich weniger um inhaltliche bzw. ideologische Differenzen zwischen den einzelnen Flügeln der GMD; es waren im Wesentlichen machtpoliti-

4 So erreichte die GMD bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1991 noch einen Stimmenanteil von 71,17 Prozent. Bei den Präsidentschaftswahlen 1996 erreichte sie 54 Prozent, und bei den Bürgermeister- und Kreisvorsteherwahlen 1997 konnte sie nur noch 43,32 Prozent auf sich vereinigen.

5 Wu, Joseph J.H., "After the Watershed, the Uncertainties. Assessing the Results of Taiwan's Presidential Elections", in: *Chinese Perspectives*, (Mai-Juni 2000) 29, S. 25-35, hier 33.

6 Obwohl die ökonomischen Fundamentaldaten der taiwanesischen Volkswirtschaft gut sind, hat der Aktienindex seit der Inauguration Chen Shuibians im Mai 2000 eine steile Abwärtsbewegung genommen.

sche Gründe und im Falle Song Chuyus sogar hauptsächlich persönliche Zerwürfnisse, die erst die Regierungspartei und dann auch ihr Wählerreservoir spalteten.<sup>7</sup>

Schon die Parlamentswahlen im Dezember 2001 werden Aufschluss darüber geben, ob sich die GMD regenerieren kann. Kurz nach dem Rücktritt Li Denghuis als Parteichef im März 2000 setzte man eine Kommission ein, die Vorschläge für parteiinterne Reformen erarbeiten sollte. Welcher Erfolg diesen Anstrengungen auch immer beschieden ist<sup>8</sup>, eines steht fest: Die Partei des Republikgründers Sun Yat-sen steht am Anfang des neuen Jahrhunderts vor einer ihrer größten Herausforderungen seit der Exilierung nach Taiwan 1949: der überzeugenden Re-Profilierung als Partei der Bürger Taiwans, die ihre interne Organisation grundlegend demokratisiert, sich ihrer korrupten Verflechtungen mit den taiwanesischen Lokalfaktionen entledigt, ihr Parteivermögen offen legt, sich überzeugend in den Dienst der Interessen des taiwanesischen Staates und seiner Bürger stellt und nicht mehr den Fehler begeht, sich bei der Bevölkerung als die einzige politische Kraft auszuweisen, die für die Sicherheit Taiwans garantieren kann.

Auch die DFP sieht sich seit ihrem überraschenden Sieg bei den Präsidentschaftswahlen schweren inneren Belastungsproben ausgesetzt, die in engem Zusammenhang mit den anhaltenden Versuchen des neuen Staatsoberhauptes Chen Shuibian stehen, Bewegung in die sino-taiwanesischen Beziehungen zu bringen. Obwohl Chen nach seiner Wahl erklärte, Präsident aller Chinesen sein und sämtliche Parteiämter für die Dauer seiner Amtsperiode ruhen lassen zu wollen, erwartete die DFP-Führung aus guten Gründen ein abgestimmtes Handeln in der Chinapolitik und eine konsistente Positionierung des Präsidenten in der *taidu*-Frage. Die Divergenz zwischen den konziliananten Gesprächsangeboten des Präsidialamtes in Richtung Beijing einerseits und der Mitte 1999 in einer Grundsatzresolution über den politischen Status Taiwans noch einmal unmissverständlich zum Ausdruck gebrachten *taidu*-Haltung der DFP andererseits führte zu innerparteilichen Friktionen, die erhebliche Reibungsverluste erzeugten. Während Chen Shuibian und die ihn tragenden Kräfte wiederholt erklärten, dass die chinesische Wiedervereinigung unter der Voraussetzung einer demokratischen Entscheidung der Bürger Taiwans durchaus eine Option sei, lehnten die radikal *taidu*-orientierten Kräfte eine solche Sprachregelung – auch wenn sie nur taktisch verstanden werden mochte – kategorisch ab. Dies deckt die Schwierigkeiten einer Partei auf, die aus der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewe-

7 Aus diesen Gründen fällt das Urteil über die historische Bedeutung Li Denghuis für den taiwanesischen Demokratisierungsprozess heute durchaus ambivalent aus. Vor allem in der GMD wird er verantwortlich gemacht für den Machtverlust der Partei, die er sich auf den Leib geschneidert habe, sodass am Ende nur noch Opportunisten Macht und Einfluss besaßen. In der Tat weist die Entwicklung der GMD in den letzten Jahren und das Schicksal ihres nach den verlorenen Präsidentschaftswahlen zurückgetretenen Vorsitzenden einige Parallelen zur bundesdeutschen CDU in der Endphase der Ära Kohl auf.

8 Angestrebt werden u.a. ein neues *primary*-System zur Ernennung der Kandidaten für nationale Wahlen mit dem Ziel, den Einfluss der notorischen Lokalfaktionen zurückzuschrauben; die Direktwahl des Parteivorsitzenden durch alle GMD-Mitglieder; eine systematische Verjüngung der Partei durch eine neue Rekrutierungsoffensive; die Offenlegung des Parteivermögens und der Verkauf parteieigener Aktienpakete und Vermögensanteile; die Entwicklung eines gesamtnationalen Reformprogramms und allgemein die Schärfung des politischen Profils gegenüber den anderen Parteien, vor allem in der Chinapolitik (Persönliche Informationen aus dem GMD-Hauptquartier, September 2000).

bung hervorgegangen ist und nun eine Regierung stellt, die die Rolle eines die Interessen der gesamten Nation vertretenden Verhandlungspartners der VR China spielen und dabei zumindest terminologische, wenn nicht gar politisch-konzeptionelle Kompromisse machen muss.

Besonders schweren Zeiten gehen die Neue Partei mit ihrem Ruf als letzter Bastion der "Festländer" sowie die erst 1996 mit großem Elan angetretene Taiwan Independence Party (Jianguodang/TAIP) entgegen. Wenn die These stimmt, dass der "Provinzkonflikt" – die alte Frontstellung zwischen den (seit 1949 zugewanderten) "Festländern" und den (einheimischen) "Taiwanesen" – in den 90er-Jahren zunehmend an Bedeutung verloren hat und sich die damit eng verbundenen ideologischen Differenzen in der *taidu*-Frage allmählich in Richtung eines *civic nationalism* ebnen,<sup>9</sup> so könnte diesen beiden Parteien schon bald die Wählerbasis abhanden kommen. Während die 1996 gegründete TAIP allerdings bisher ohnehin nur eine Randerscheinung in der taiwanesischen Parteienlandschaft geblieben ist, die kaum Wähler aus dem DFP-Lager für sich gewinnen konnte, käme einem Verschwinden der NP größeres Gewicht zu. Dies würde wohl am deutlichsten bestätigen, dass der "ethnische Konflikt" als strukturierendes Moment des taiwanesischen Parteiensystems historisch anachronistisch geworden ist; zumindest aber würde damit angezeigt, dass eine reine "Festländerpartei" in Taiwan keine Zukunft mehr hat.

Vieles deutet derzeit auf die Kristallisierung eines Zwei- oder Dreiparteiensystems aus GMD, DFP und möglicherweise PFP hin, bei dem keine Gruppierung allein mehr über eine gesetzgeberische Mehrheit verfügt. Die große Unbekannte ist dabei wie erwähnt die PFP; sie will zukünftig die Rolle einer "Dritten Kraft" spielen und sowohl für Festländer als auch für Taiwanesen attraktiv sein, also ein klar "trans-ethnisches" Profil gewinnen. Zwar ist trotz ihres Hintergrundes als Sammelbecken unzufriedener und enttäuschter ehemaliger GMD-Mitglieder schwer vorstellbar, dass sie die GMD in ihrer Existenz ernsthaft gefährden könnte, sind doch ihre finanziellen und organisatorischen Ressourcen mit denen der ehemaligen Regierungspartei nicht annähernd zu vergleichen. Weil aber die GMD im Zuge des innerparteilichen Reformprogramms mehr Transparenz und Kontrolle in ihr Finanzimperium einziehen sowie erhebliche Teile davon privatisieren will und hart gegen die Korruption in den eigenen Reihen vorzugehen bestrebt ist, und weil beide Maßnahmen die Möglichkeiten der gezielten Wählermanipulation (Stimmenkauf, Klientelismus) eindämmen, könnte sich ihr politischer Einfluss für eine gewisse Zeit weiter zugunsten der PFP reduzieren.

Mittel- bis langfristig werden – neben der Fähigkeit der PFP, die notwendigen Finanzmittel für ihre Konsolidierung einzuwerben – vor allem die politische Programmatik und Glaubwürdigkeit beider Parteien darüber entscheiden, welche von ihnen sich durchsetzt. Hier hat die in die kriminellen Machenschaften lokaler Faktionen und Politiker tief verstrickte GMD zweifellos eine schwere Hypothek abzutragen, denn der Kampf gegen das "schwarze Gold" (*heijin*) gehört seit Jahren zu den "heißen" Themen der politischen Debatten auf der Insel und wird nicht zuletzt von der PFP aufgegriffen. Es dürfte sicherlich einige Zeit dauern, bis die GMD diese offene Flanke geschlossen hat, zumal erst jetzt – nach der Amtsübernahme der

9 Vgl. dazu Schubert, "L'émergence d'une nouvelle nation?", a.a.O.

neuen Regierung – das ganze Ausmaß der klientelistischen und "informellen" Politik vergangener Jahrzehnte an die Öffentlichkeit gelangt und auch juristisch verfolgt wird. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass die Gründung der PFP und ihr Bestreben, sowohl die Neue Partei überflüssig zu machen als auch im Lager der taiwanesischen GMD-Wähler als echte Alternative aufzutreten, für die GMD weitreichendere Konsequenzen haben wird als die Abspaltung der NP 1993.

Eine der wichtigsten Entwicklungen in der taiwanesischen Innenpolitik der letzten Jahre ist wie bereits angedeutet die sinkende Relevanz des *taidu*-Themas für die Positionierung und die Wahlchancen der Parteien im politischen Wettbewerb. Damit ist zwar nicht gesagt, dass dieses Thema für die Wahlentscheidung keine Rolle mehr spielt, und schon gar nicht, dass die chinapolitischen Positionen der verschiedenen Gruppierungen sich mittlerweile völlig gleichen. Doch haben z.B. die nahezu identischen Plattformen der einzelnen Kandidaten für die letzten Präsidentschaftswahlen gezeigt, dass zumindest in einer Hinsicht eine bemerkenswerte Nivellierung der Standpunkte eingetreten ist: Es gibt mittlerweile einen übergreifenden politischen Konsens über die Unantastbarkeit der staatlichen Souveränität Taiwans. Dieser Konsens ist völlig unberührt von der Frage, ob es eines Tages eine Wiedervereinigung mit dem Festland geben sollte oder nicht bzw. was konkret zu tun ist, um das Verhältnis zu Beijing zu verbessern (vgl. unten). Er war spätestens Ende der 90er-Jahre tragfähig genug, die durchaus weiter bestehenden "ethnischen" Spannungen und noch nicht verheilten Wunden der autoritären Ära zu überbrücken. Damit aber dürfte es zukünftig für die großen Parteien immer schwieriger werden, sich allein auf ihre historischen Entstehungsbedingungen und ihre jeweilige Haltung zur *taidu*-Frage zu berufen, um damit entscheidungsrelevante Wählergruppen an sich zu binden. Vieles spricht dafür, dass die Dichotomien "Wiedervereinigung vs. Unabhängigkeit" oder "Festländer vs. Taiwanese" schon bald nicht mehr die dominierenden Koordinaten des taiwanesischen Parteienspektrums sein werden.

Dies zeigte sich auch im Präsidentschaftswahlkampf, der die meiste Zeit über im Zeichen des Kampfes gegen das "schwarze Gold" stand und erst gegen Ende der Kampagne durch die massiven Einschüchterungsversuche der Regierung in Beijing wieder stärker auf die Chinapolitik gelenkt wurde. So spricht einiges für die These, dass die sogenannten "public policies" (*gonggong zhengce*) – wozu auch der Kampf gegen die politische Korruption gehört – in nationalen Wahlen eine große Rolle spielen und die Chinapolitik zumindest partiell zu überlagern beginnen.

Natürlich kann Letztere jederzeit zu einem zentralen *issue* gemacht werden, denn fraglos ist die militärische Bedrohung Taiwans durch die VR China real. Übt die chinesische Führung jedoch Druck aus, schließt sie die taiwanesische Bevölkerung noch enger gegen sich zusammen. Dieser Druck dynamisiert gleichzeitig das *streamlining* der chinapolitischen Positionen in den großen Parteien. Denn in diesem Fall pochen sie alle auf die politische Eigenständigkeit Taiwans, auf das Prinzip der Gleichheit und auf die Priorität der nationalen Sicherheitsinteressen des Landes in sämtlichen mit der VR China zu führenden Verhandlungen. Es gelingt der Regierung in Beijing insofern nicht mehr, die taiwanesische Gesellschaft in der Frage der politischen Souveränität ihres Staates zu spalten. Vielmehr trägt jede Drohgebärde dazu bei, die Identifizierung der Bürger mit diesem Staat zu vertiefen, das Bekennt-

nis zur chinesischen Kultur immer deutlicher davon zu trennen und darüber hinaus das Selbstverständnis der Insulaner als eine historisch-kulturelle Schicksalsgemeinschaft zu stärken. Um es anders zu formulieren: Nachdem der überkommene "ethnische Konflikt" im Zuge des taiwanesischen Demokratisierungsprozesses weitgehend überwunden ist und Festländer und Taiwanesen ebenso wie die Ureinwohner den Souveränitätsanspruch der VR China *unisono* ablehnen, baut jede weitere Zwangsmaßnahme des gesamtchinesischen Nationalismus mit am Haus einer taiwanesischen Nation. Die mehrheitliche Befürwortung des sogenannten *Status quo* fungiert dann zunehmend als Codewort für ein unabhängiges Taiwan, ist also letztlich als rein taktisches Bekenntnis zur Wiedervereinigung zu verstehen. Dieser Zusammenhang wird zumindest von Teilen der politischen und militärischen Führung der VR China ignoriert. Sie glauben unter dem Eindruck der innenpolitischen Entwicklung Taiwans vielmehr, dass ein zeitlich unbegrenzter *Status quo* das Ziel des chinesischen Einheitsstaates außer Sichtweite zu bringen droht (vgl. unten).

### 3 Spielräume für eine neue Chinapolitik oder unüberwindbarer *deadlock*?

Welche Spielräume bestehen unter diesen Bedingungen für eine substanzielle sino-taiwanesishe Annäherung? An dieser Stelle soll zunächst geklärt werden, wie man sich die Zukunft des Verhältnisses zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße aus taiwanesischer Perspektive konkret vorstellt. Dazu wird im Folgenden ein genauere Blick auf die chinapolitischen Konzeptionen der neuen Chen-Administration und der wichtigsten politischen Parteien zu werfen sein. Anschließend befasse ich mich kurz mit der politisch-intellektuellen Debatte in der VR China über die Taiwanfrage, wie sie jenseits der offiziellen Forderung der Regierung in Beijing nach einer Anwendung des in Hongkong und Macao bereits praktizierten Modells "ein Land, zwei Systeme" geführt wird.

#### 3.1 Die Festlandpolitik der Regierung Chen Shuibian

In seinem Präsidentschaftswahlkampf warb Chen Shuibian wie auch die beiden anderen Kandidaten Lian Zhan und Song Chuyu vor allem für praktische Schritte einer sino-taiwanesischen Annäherung und ging der *tongdu*<sup>10</sup>-Frage so weit wie möglich aus dem Weg. Genau wie Li Denghui sprach er von "besonderen zwischenstaatlichen Beziehungen" zwischen Taiwan und der VR China und von der uneingeschränkten Souveränität der Republik China (nicht Taiwans). Er plädierte für direkte Handels-, Transport- und Kommunikationsverbindungen (*santong, sanlian*) zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße sowie für die Aushandlung eines bilateralen Friedensvertrages und weitere vertrauensbildende Maßnahmen. Und er stellte wie die anderen Amtsbewerber klar, dass jedes Übereinkommen zwischen der VR China und Taiwan die Zustimmung der Mehrheit der taiwanesischen Bevölkerung finden müsse.<sup>11</sup>

10 Abkürzung für *tongyi* (Wiedervereinigung) und *duli* (Unabhängigkeit).

11 Vgl. Cabestan, Jean-Pierre, "Chen Shui-bian's Victory Rules out Detente in the Taiwan Strait", in: *Chinese Perspectives*, (Mai-Juni 2000) 29, S. 36-51, hier 39.



In seiner mit Spannung erwarteten Inaugurationsrede vom 20. Mai konkretisierte Chen dann seine chinapolitischen Vorstellungen.<sup>12</sup> Die sino-taiwanesischen Beziehungen sollten sich von den Prinzipien Demokratie und Gleichheit leiten lassen; Taiwan würde also in jedem Fall auf Augenhöhe mit Beijing verhandeln und nicht als untergeordneter Dialogpartner. Gleichzeitig verkündete der neue Präsident eine Politik der "fünf Nein" (*wubu*): Keine Unabhängigkeitserklärung, keine Änderung des Staatsnamens, keine Aufnahme der "Zweistaatentheorie" (vgl. unten) in die Verfassung, kein Referendum über den politischen Status Taiwans und keine Abschaffung des "Rates für Nationale Vereinigung" (*guotonghui*) bzw. keine Streichung der "Nationalen Leitprinzipien für die Wiedervereinigung" (*guojia tongyi gangling*).<sup>13</sup> Mit diesen Vorgaben sollte das Misstrauen der chinesischen Führung gegenüber dem früheren *taidu*-Aktivisten Chen abgebaut und dessen Gesprächsbereitschaft unterstrichen werden. Zudem lud der neue Präsident die VR China dazu ein, mit Taiwan über die Zukunft eines gemeinsamen China, also über die Auslegung des Ein-China-Prinzips zu verhandeln. Klar blieb dabei allerdings, dass die neue taiwanesishe Regierung die chinesische Version dieses Prinzips in keiner Weise akzeptieren, sich also nicht dem Souveränitätsanspruch der VR China unterwerfen und einen Provinzstatus annehmen würde.

In den folgenden Wochen und Monaten startete Chen scheinbar immer neue Dialogoffensiven, mit denen er in seiner eigenen Partei teilweise auf beträchtlichen Widerstand stieß. So schlug er im Juni 2000 überraschend vor, zum sogenannten Konsens von 1992 zurückzukehren, demzufolge beide Seiten am Ein-China-Prinzip festhalten sollten, allerdings unterschiedlichen Definitionen dieses Prinzips anhängen könnten.<sup>14</sup> Zudem verkündete er, dass sowohl die Wiedervereinigung als auch die Unabhängigkeit Taiwans Optionen für die Zukunft der beiden Seiten der Taiwanstraße seien.<sup>15</sup> Aus Sicht großer Teile der DFP ging er damit viel zu weit. Sie befürchteten ein Abdriften Chens von den Grundprinzipien seiner Partei und eine gefährliche Verwischung des politischen Profils der DFP bei ihren Wählern.<sup>16</sup> Die VR China wiederum attackierte den neuen Präsidenten heftig dafür, dass er die Unabhängigkeit überhaupt als ernst zu nehmende Alternative zur Wiedervereinigung bezeichnete. Chen Shuibian steckte somit in einem nicht aufzulösenden Dilemma: Einerseits

12 Vgl. für eine englische Übersetzung des Wortlautes seiner Rede *China Times*, 21. Mai 2000, 1-3.

13 Es handelt sich hier um ein 1991 von der GMD-geführten Regierung unter Li Denghui verabschiedetes Drei-Stufen-Programm zur sukzessiven Annäherung und letztlich Vereinigung der beiden Seiten der Taiwanstraße, das bis zur Regierungsübernahme durch Chen Shuibian als offizielle Grundlage der taiwanesischen Chinapolitik galt. Das Dokument findet sich auf der *internet-page* des *Mainland Affairs Council* unter <http://www.mac.goc.tw>.

14 Vgl. "Taiwan Leader Accepts 'One China' Principle", in: *International Herald Tribune*, 30. Juni 2000; "Tightrope", in: *Far Eastern Economic Review*, 14. September 2000, 30. Dass es einen solchen Konsens gegeben habe, wird nicht nur von Beijing bestritten, sondern stößt auch in der DFP und sogar im DFP-geführten Mainland Affairs Council auf Widerspruch (vgl. z.B. *Lianhebao*, 17. September 2000, 2). Auch Chen stellte den Konsens von 1992 bald wieder infrage.

15 Vgl. "Chen stresses unification not only option", in: *Taipei Times*, 25. September 2000.

16 "Tightrope. President Chen's bid to forge a consensus on policy toward China will require a balancing act", in: *Far Eastern Economic Review*, 14. September 2000, 30. Man darf jedoch nicht vergessen, dass es sich bei all diesen Initiativen keinesfalls um Alleingänge Chen Shuibians handelte. Vielmehr waren diese mit der DFP-Zentrale wohl abgestimmt (Informationen aus dem DFP-Hauptquartier, Oktober 2000).

bemühte er sich, Beijing entgegenzukommen und die ihm zugeschriebene Position eines kompromisslosen *taidu*-Befürworters (zumindest taktisch) zu relativieren; andererseits entwertete die heftige Kritik der DFP an seinen Offerten diese Annäherungsversuche, sodass die chinesische Führung an der Seriosität Chens zweifelte. Abgesehen davon war (und ist) Beijing nicht dazu bereit, die Zukunft Taiwans als eine prinzipiell offene Frage zu betrachten und sich ohne eine vorherige Festlegung auf die Wiedervereinigung auf politische Verhandlungen mit der anderen Seite einzulassen. Daran ändern auch jene inoffiziellen Äußerungen chinesischer Spitzenpolitiker nichts, die im Vorfeld der Sommertagung des KP-Politbüros Mitte August 2000 in Beidaihe plötzlich eine Modifizierung der bisherigen offiziellen Sprachregelung vorzunehmen schienen: Nunmehr sollten Taiwan und das Festland Teile eines Gesamtchinas sein, das es neu zu konstituieren gelte – eine erhebliche Annäherung, wenn nicht gar Übernahme genau der Position, die die alte GMD-Regierung seit Anfang der 90er-Jahre vertreten hatte.<sup>17</sup> Diese Überlegungen fanden jedoch bisher keinen Eingang in offizielle chinesische Dokumente oder Stellungnahmen zur Taiwanfrage und müssen wahrscheinlich eher als taktische Winkelzüge verstanden werden, den innertaiwanesischen Widerstand gegen die Chen-Administration anzuzünden.

### 3.2 Die chinapolitischen Konzepte der wichtigsten taiwanesischen Parteien

#### DFP

In seiner neuen Rolle als Staatsoberhaupt der Republik China ist der DFP-Politiker Chen Shuibian zu einem schwierigen Spagat gezwungen. Die Opposition erwartet von ihm einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen chinapolitischen Auffassungen in Taiwan, um einen nationalen Konsens herzustellen und gleichzeitig der Regierung in Beijing entgegenzukommen. Auf der verbalen Ebene bemühte sich Chen schon vor seiner Wahl, diesen Forderungen gerecht zu werden, doch wird ihm dabei bis heute nicht nur in Beijing, sondern auch in Taiwan Unlauterkeit vorgeworfen. Vor allem die GMD sieht einen klaffenden Unterschied zwischen den "süßen Formulierungen" des Präsidenten und der praktischen Politik seiner Administration – z.B. mit Blick auf die Ablehnung der Nationalen Leitprinzipien als programmatischen Rahmen für Verhandlungen mit der VR China.<sup>18</sup>

Wie erwähnt, steht Chen jedoch auch von Seiten seiner eigenen Partei unter Druck. Die DFP, schon immer eine stark fraktionierte Partei, die ihren Führern große Integrationsfähigkeiten abverlangte, ist seit der Regierungsübernahme in der *taidu*-Frage besonders sensibilisiert. Durch die (mit der Parteiführung allerdings abgestimmten) weitreichenden Gesprächsofferten "ihres" Präsidenten in Richtung Beijing befürchtet man zumindest in Teilen der DFP den Ausverkauf ihrer Identität, ohne dafür

17 So äußerte sich etwa der chinesische Vizepremier Chen Qichen; vgl. "Time for chat about Taiwan?", in: *The Economist*, 5. August 2000, 53 f.

18 Vgl. "Chen stresses unification not only option", a.a.O.; "Lian Zhan: ruo hua guotonghui sunji guoren fuzhi (Lian Zhan: Eine Schwächung des Rates für Wiedervereinigung schadet dem Wohl des Volkes)", in: *Lianhebao*, 31. August 2000, 4; "Huigui guotonghui jizhi wending liangan (Die Rückkehr zum Mechanismus des Rates für Wiedervereinigung stabilisiert die beiden Seiten <der Taiwanstraße>)", in: *Zhongyang ribao*, 31. August 2000, 1.

auch nur das geringste zu bekommen – weder innenpolitisch durch die Gewinnung neuer Wählerschichten noch außenpolitisch durch eine Friedensgarantie der VR China. Andere Kräfte wiederum sehen keinen Widerspruch zwischen der Politik des Präsidialamtes und den grundlegenden Zielen der DFP; oder sie wollen diese Ziele flexibilisieren und den Gedanken einer Wiedervereinigung in der Partei zumindest hoffähig machen. Dahinter stehen nicht zuletzt wahlstrategische, mitunter auch ganz persönliche, machtpolitische Erwägungen.

Der hier beschriebene innerparteiliche Konflikt zeigte sich beispielhaft an einer Episode um den DFP-Vorsitzenden Xie Changting im September 1999, als dieser öffentlich davon sprach, auch eine Wiedervereinigung mit dem Festland könne zukünftig nicht ausgeschlossen werden, sofern dies der Mehrheitswille der Bevölkerung sei.<sup>19</sup> Xie sah sich dabei völlig konform mit dem Präsidialamt, doch viele einflussreiche DFP-Politiker bestanden darauf, dass der Vorsitzende in dieser Frage einzig und allein die in der Parteiplattform festgeschriebene Grundsatzposition der DFP vertreten müsse, derzufolge Taiwan ein souveräner und unabhängiger Staat sei und bleiben solle. Keinesfalls dürfe er von einer gesamtchinesischen Lösung sprechen. In diesem Sinne argumentierte etwa der stellvertretende Direktor des Mainland Affairs Council Chen Mingtong:

Xie Changting ist Vorsitzender der DFP und damit der Vertreter einer Partei, die uneingeschränkt für die Option der Unabhängigkeit eintritt. Wenn die DFP diese Position aufgibt, wer vertritt denn dann überhaupt noch glaubwürdig die Option der Unabhängigkeit? Zudem: Wenn alle nur noch von *tongyi* sprechen, wird der Druck aus Beijing sofort steigen, denn man wird dort fragen: Gut, ihr seid alle für die Wiedervereinigung. Was ist euer Zeitplan? Was sind eure nächsten Schritte? Der Staatspräsident kann durchaus von mehreren Optionen sprechen, denn er muss ungeachtet seiner Parteizugehörigkeit einen innergesellschaftlichen Ausgleich in dieser Sache herbeiführen. Der DFP-Vorsitzende darf dies aber nicht tun, da er sonst die Existenz der Partei aufs Spiel setzt.<sup>20</sup>

Aus parteipolitischer Perspektive ist diese Position nachvollziehbar. Dass damit die festlandpolitischen Initiativen des Präsidenten unterminiert und dieser – wie es die anderen Parteien betonen – unglaublich werden könnte, will man in den Reihen der DFP nicht sehen. Die Wiedervereinigung ist demzufolge allein deshalb eine erwähnenswerte Option, weil der Präsident im Kontext seiner Funktion als nationale Integrationsfigur Kompromissbereitschaft erkennen lassen muss; keinesfalls muss sie deshalb aber auch das Ziel der DFP sein. Außerdem erfüllt die DFP – so jedenfalls nach Meinung Chen Mingtongs – eine wichtige strategische Aufgabe in der regierungsoffiziellen Auseinandersetzung Taiwans mit der VR China: Indem sie an der Unabhängigkeit festhält, baut sie eine hohe Hürde gegen den zu erwartenden Druck Beijings auf, im Falle eines ungeteilten Bekenntnisses zu *tongyi* rasche und konkrete Schritte der Verwirklichung dieses Ziels einzuleiten.

Wie aber stellt sich die neue Regierungspartei unter diesen Bedingungen eine Erfolg versprechende Festlandpolitik vor? Hier geben vor allem zwei parteioffizielle Dokumente Auskunft: Die im Mai 1999 verabschiedete "Resolution über die Zukunft

19 Vgl. hierzu *Taiwan News*, 13. September 2000, und *China Post*, 15. September 2000.

20 Gespräch am 21. September 2000.

Taiwans" (*taiwan qiantu jueyiwen*)<sup>21</sup> und das im November desselben Jahres veröffentlichte "Weißbuch zur Festlandpolitik" (*Zhongguo zhengce baipishu*)<sup>22</sup>, das den Inhalt der Resolution in seinem ersten Teil aufnimmt. Die folgenden Punkte kennzeichnen dabei zusammengefasst die geltende Haltung der DFP zum politischen Status Taiwans.<sup>23</sup>

- Taiwan ist ein souveräner und unabhängiger Staat, der den verfassungsmäßigen Namen "Republik China" trägt.
- Taiwan ist kein Teil der VR China.
- Taiwan und die VR China sind zwei unterschiedliche Staaten unter jeweils eigener Verwaltung.
- Die Beziehungen zwischen Taiwan und der VR China sind aufgrund eines gemeinsamen kulturellen und genealogischen bzw. verwandtschaftlichen (*xuetong*) Hintergrundes von besonderer (*teshu*) Art.
- Jede Veränderung dieser besonderen Beziehungen muss die Zustimmung der Bevölkerung Taiwans finden.

Von dieser Basis ausgehend strebt die DFP Verhandlungen mit der VR China an, um die bilateralen Beziehungen zu entspannen und für beide Seiten nutzbringend zu gestalten. In den angestrebten Gesprächen soll es vor allem um die Vertiefung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen, die Verständigung über vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich und um den Abschluss eines Friedensabkommens gehen. Die Verhandlungen sollen auf Regierungsebene stattfinden und um eine *Second Track*-Ebene des Dialogs ergänzt werden. Schließlich will die DFP mit geeigneten Maßnahmen den Demokratisierungsprozess in der VR China unterstützen.<sup>24</sup> Das Weißbuch schließt mit der Auflistung von "vier großen Pfeilern" (*sida zhizhu*), auf denen die Sicherheit Taiwans und die Beziehungen zum Festland beruhen und die sich wechselseitig bedingen:

1. eine eindeutige Bestimmung der Staatlichkeit Taiwans (*mingquede guojia diwei*),
2. stabile Beziehungen über die Taiwanstraße (*wendingde liangan guanxi*),
3. eine starke nationale Verteidigungsfähigkeit (*qiangdade guofang lilian*),
4. eine stabile wirtschaftliche Entwicklung (*wengude jingji fazhan*).

Alles in allem wird an dem Weißbuch deutlich, dass die DFP ihren Standpunkt in der *taidu*-Frage weder kurz vor noch nach der Regierungsübernahme aufgeweicht, sondern ihn im Gegenteil klar konturiert hat. Auf der strategischen Ebene der Festlandpolitik mögen die Unterschiede zwischen der DFP und den anderen Parteien gering sein; auch der Ausgangspunkt, ein souveränes Taiwan, ist mit den Positionen der anderen Parteien identisch. Aber kein einziges Mal finden sich in dem Weißbuch die Begriffe Wiedervereinigung (*tongyi*), China (*zhongguo*) oder Nation (*minzu*).

21 Originaltext und englische Übersetzung der Resolution finden sich auf der Internetseite der DFP unter <http://www.dpp.org.tw>.

22 Abgedruckt in: *Xin shiji xin chulu. Chen Shuibian guojia lantu (Neues Jahrhundert, neue Auswege. Chen Shuibians Plan für die Nation)*, Demokratische Fortschrittspartei, Taibei 1999 (im Folgenden: Weißbuch); verfügbar auch via Internet: <http://www.dpp.org.tw>.

23 Vgl. Weißbuch, 14.

24 Vgl. Weißbuch, 18-29.

Stattdessen wird der zwischenstaatliche Charakter der Beziehungen zwischen Taiwan (als Republik China) und der VR China allenthalben betont und lediglich darauf verwiesen, dass Modifizierungen des derzeitigen Charakters dieser Beziehungen der vorbehaltlosen Zustimmung der taiwanesischen Bevölkerung bedürfen. Mit anderen Worten: Die chinesische Einheit ist keine Zielperspektive für die DFP. Vielmehr geht es ihr um eine umfassende Absicherung der Eigenstaatlichkeit Taiwans, wobei die "Normalisierung" der Beziehungen zum Festland allerdings eine zentrale Rolle spielt. Hier liegt der entscheidende Unterschied zur GMD, PFP und NP und hier findet sich auch der Knackpunkt aller Dialogangebote in Richtung Beijing.

### *Guomindang*

Trotz ihrer Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen versucht sich die GMD auf dem Feld der Chinapolitik weiterhin als die einzige friedensichernde Kraft auf der Insel zu profilieren. Entsprechend scharf fallen die Angriffe auf die aus ihrer Sicht erschreckende "Konzeptions- und Orientierungslosigkeit" der Regierung Chen aus. Was aber lässt sich aus dieser Kritik konzeptionell und strategisch für die Festlandpolitik der GMD ableiten? Hier ist zu bedenken, dass die Partei im Juli 1999 nach dem Deutsche-Welle-Interview ihres damaligen Vorsitzenden Li Denghui auf dem besten Weg war, ihrer Chinapolitik ein qualitativ neues Fundament zu geben. Die darin verkündete sogenannte "Zwei-Staaten-Theorie" (*liangguolun*) Lis, der zufolge die Beziehungen zwischen der VR China und Taiwan "besondere Beziehungen zwischen zwei Staaten" sein sollten, lief auf die Aufgabe der bisherigen Sprachregelung von den "zwei politischen Entitäten" (*liangge zhengzhi shiti*) und auf das definitive Bekenntnis zu einer chinesischen Zweistaatlichkeit hinaus.<sup>25</sup> Zwar fand das Konzept Li Denghuis, das sich erkennbar an das "deutsche Modell" zwischen 1972 und 1989 anlehnte, nach scharfen Protesten aus Beijing und ebenso klaren Ermahnungen aus den USA keinen Eingang in amtliche Dokumente zur taiwanesischen Chinapolitik. Aber trotzdem schien die GMD nun in Richtung einer weitgehenden Kongruenz mit den chinapolitischen Vorstellungen der DFP zu streben.

In seinem Präsidentschaftswahlkampf blieb Lian Zhan zunächst (notgedrungen) auf der Linie Li Denghuis, obwohl er sich um gemäßigttere Akzente bemühte. So zeigte er sich z.B. bereit, die sino-taiwanesischen Beziehungen umgehend auf die in den Nationalen Leitprinzipien vorgesehene zweite Stufe anzuheben, die vor allem die Einrichtung direkter Kommunikations-, Transport- und Handelskontakte vorsieht. Am Ende der Kampagne jedoch, als das neue "Taiwan-Weißbuch" der chinesischen Regierung veröffentlicht wurde (Februar 2000) und der Druck aus Beijing noch einmal spürbar anstieg, spielte Lian im erkennbarem Gegensatz zu den anderen beiden Kandidaten mit Nachdruck die gesamtchinesische Karte. Er versuchte nun, wie bereits erwähnt, der taiwanesischen Bevölkerung die GMD als die einzige politische Kraft zu "verkaufen", die aufgrund ihres unzweifelhaften Bekenntnisses zur Wiedervereinigung genügend Glaubwürdigkeit und Verhandlungsmacht gegenüber der VR China besitze, um eine Eskalation des sino-taiwanesischen Konfliktes zu vermeiden. Dies wurde von der Mehrheit der Wähler jedoch als Anbiederung an Beijing verstanden und kostete Lian Zhan – durch die gegenüber der GMD erhobe-

25 Für eine deutsche Übersetzung des Interviews vgl. *Freies Asien*, 41(23. Juli 1999) 7.

nen Korruptionsvorwürfe ohnehin geschwächt – endgültig alle Chancen auf einen Wahlsieg.

Die Elemente einer erfolgsversprechenden Chinapolitik nach den Präsidentschaftswahlen sind noch nicht in besonderen parteioffiziellen Dokumenten niedergelegt<sup>26</sup> und ergeben sich deshalb vor allem aus verschiedenen Stellungnahmen führender GMD-Politiker zu den bisherigen Leistungen der neuen Regierung von Chen Shuibian. Als exemplarisch kann in diesem Zusammenhang eine Rede Lian Zhans, Nachfolger von Li Denghui im Amt des Parteivorsitzenden, gelten, die dieser im September 2000 anlässlich einer Konferenz zu den Beziehungen zwischen der VR China und Taiwan in Taipei gehalten hat.<sup>27</sup> Nach einer harschen Kritik an der Festlandspolitik der neuen Administration betonte Lian die Bedeutung direkter Wirtschafts- und Handelskontakte zwischen Taiwan und der VR China als Basis für einen wechselseitigen Vertrauensaufbau. Wichtig sei es zudem, zum Kompromiss von 1992 zurückzukehren, demzufolge jede Seite an ihrer eigenen Version des Ein-China-Prinzips festhalten könne. Der sino-taiwanesischen Konflikt sei immer nur ein Systemkonflikt (Demokratie versus Sozialismus) gewesen, nicht aber ein Konflikt zwischen den Befürwortern einer Unabhängigkeit einerseits und jenen einer Wiedervereinigung andererseits. Wäre China demokratisch, würde man in Taiwan zweifellos für *tongyi* optieren. Die neue Regierung müsse endlich zu den Nationalen Leitprinzipien von 1991 zurückkehren und dem hier vorgezeichneten Stufenplan auf dem Weg zu einer Wiedervereinigung mit dem Festland folgen.

Daraus ergibt sich, dass die GMD zwar ebenso wie die DFP auf der derzeitigen Souveränität Taiwans besteht, aber am ultimativen Ziel einer Wiedervereinigung festhält. Diese bleibt ein auf die Zukunft gerichtetes Unterfangen. Bis dahin will man vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaft eng mit dem Festland zusammenarbeiten und sich durch konstruktive und faire Verhandlungen andere Gebiete einer gleichberechtigten Kooperation erschließen. Diese Verhandlungen bleiben konzeptionell und perspektivisch an das Drei-Stufenprogramm der Nationalen Leitprinzipien gebunden. Hier wird der Unterschied zur DFP und zur Festlandpolitik Chen Shuibians besonders deutlich, in der die Nationalen Leitprinzipien wie gezeigt keine Rolle spielen.<sup>28</sup> So sehr sich GMD und DFP somit auch mittlerweile in den konkreten Strategien ihrer Festlandpolitik ähneln und so sehr sie auch die Souveränität Taiwans gegen das Modell "ein Land, zwei Systeme" gemeinsam verteidigen, ihre Visionen eines zukünftigen Chinas sind deutlich unterschieden: Die GMD spricht explizit von Wiedervereinigung und befindet sich damit auf der Seite der VR China; die DFP geht von einem bereits existierenden unabhängigen Taiwan aus und ver-

26 Über ein neues chinapolitisches Konzept – wie auch über neue innenpolitische Reformansätze etwa im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik – wird seit Mitte 2000 in einer neuen Stiftung – der National Policy Foundation (Guojia zhengce yanjiu jijinhui) – beraten, die die GMD ins Leben gerufen hat. Vgl. hierzu "Lian Zhan: Zhengfu lubiao manmu jian bu dao lu (Lian Zhan: Man erkennt die Richtung der Regierung vor lauter Straßenschildern nicht)", in: *Zhongyang ribao*, 17. Sept. 2000.

27 "Zhuxi chuxi liangan luntan jianghua cankaogao (Referenztext zur Rede des Vorsitzenden während des Gesprächsforums über die beiden Seiten)", via Internet: [http://www.kmt.org.tw/0918\\_lian.html](http://www.kmt.org.tw/0918_lian.html), 25.9.2000.

28 So weigert sich Chen Shuibian beharrlich, den Vorsitz im Rat für Nationale Wiedervereinigung zu übernehmen. Damit will er den Eindruck vermeiden, für seine Regierung gehe es nur um die Wiedervereinigung als Option für die Zukunft Taiwans.

weigert sich der Forderung Beijings, nur *tongyi* könne eine Option für die politische Zukunft des Inselstaates sein. Diesen grundlegenden Unterschied zwischen den beiden größten taiwanesischen Parteien brachte der frühere Vorsitzende des Mainland Chinese Affairs Council und GMD-Informationsminister Su Qi wie folgt auf den Punkt:

Kein einziges Mitglied der Regierung Chen hat bisher anerkannt, dass er ein Chinese (*zhongguoren*) ist. Sich zum ethnischen Chinesentum zu bekennen, ist politisch inkorrekt! Dieser Unterschied zwischen unseren Parteien ist der größte. Außerdem: Ist Taiwan ein Teil Chinas? Wir haben immer darauf gepocht, dass Taiwan und das Festland (*dalu*) ein Teil Chinas sind. Die VR China hat dies lange nicht anerkannt und lediglich davon gesprochen, dass Taiwan ein Teil Chinas ist und China durch sie repräsentiert werde. Aber seit den Äußerungen Qian Qichens Mitte des Jahres scheint es so zu sein, dass jetzt auch Beijing davon ausgeht, dass das Festland und Taiwan Teile eines Gesamtchinas sind. Das ist genau die Position der GMD. Chen Shuibian lässt sich darauf jedoch nicht ein, weil für ihn Taiwan kein Teil Chinas ist.<sup>29</sup>

### *People First Party (Qinmindang)*

Das im August 1999 der Öffentlichkeit vorgestellte chinapolitische Konzept der PFP bemüht sich um eine Positionierung zwischen GMD und DFP.<sup>30</sup> In den Anfangspassagen dieses Weißbuches wird die in über 400 Jahren geschaffene politische und kulturelle Identität der Menschen Taiwans sowie die Existenz eines spezifischen taiwanesischen "Selbstbewusstseins" (*ziwo yishi*) ebenso betont wie ein aufgrund der kulturell und genealogisch gemeinsamen Bande bestehendes übergreifendes Nationalgefühl (*minzu qinggan*) zwischen den Bevölkerungen der beiden Seiten der Taiwanstraße. Einerseits seien die Interessen der Menschen Taiwans in den Vordergrund zu stellen, andererseits dürfe der Wandel auf dem Festland nicht ignoriert werden. Auch sei mit Blick auf die Konzeptualisierung einer taiwanesischen Festlandpolitik zu berücksichtigen, dass die auf eine Verbesserung des Verhältnisses zu Beijing fixierte US-amerikanische Haltung die taiwanesischen Interessen zunehmend aus dem Blick verliere.<sup>31</sup>

Am Ein-China-Prinzip, das von der Staatengemeinschaft nicht infrage gestellt werde, hält die PFP fest. Aber sie lehnt kategorisch ab, dass dieses China deckungsgleich mit der VR China ist, und fordert daher die Rückkehr zum Konsens von 1992, demzufolge jede Seite ihre eigene Interpretation des Ein-China-Prinzips aufrechterhalten kann. Nur auf dieser Basis könne eine allmähliche Annäherung und Zusammenarbeit zustande kommen. Wenn die Zeit gekommen sei, entscheide das Volk auf beiden Seiten frei über ein Programm für eine schrittweise Integration (*'maixiangde zhenghe' de fangan*). Es schließen sich sechs Positionen zu den Beziehungen der beiden Seiten der Taiwanstraße (*dui liangan guanxide liudian zhuzhang*) an, die wie folgt zusammengefasst werden können.<sup>32</sup>

29 Gespräch am 26. September 2000.

30 Vgl. *Qinmindang dui liangan guanxide jiben kanfa* (Grundsätzliche Auffassungen der PFP bezüglich der Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße), Sonderdruck, August 2000 (im folgenden: PFP 2000).

31 PFP 2000, 1-6.

32 PFP 2000, 12 f.

1. Taiwanesen sind auch Chinesen. Beide Seiten der Taiwanstraße bilden ein historisches, kulturelles und geographisches Gesamtchina. Dies bedeutet jedoch in keinem Fall, dass Taiwan ein Teil der VR China ist.
2. Auch wenn beide Seiten sich zu einem Gesamtchina bekennen, darf dies doch nicht zu einer Verknüpfung der aktuellen Situation (im Verhältnis zwischen Taipei und Beijing) führen.
3. Beide Seiten besitzen legitime Regierungen, die eine vollständige Kontrolle über ihr jeweiliges Territorium ausüben und internationale Rechte und Pflichten besitzen.
4. Jede zwischen den beiden Seiten strittige Frage ist auf Grundlage des Prinzips gleichberechtigter Verhandlungen zu klären.
5. Jede Auffassung eines taiwanesischen Separatismus schadet den Interessen Taiwans.
6. Das Modell für eine sino-taiwanesische Annäherung folgt am besten einem multi-integrativen Ansatz (*duozhong zhenghe*). In keinem Fall kann das Modell "ein Land, zwei Systeme" zur Anwendung kommen.

In seinem letzten Teil enthält das Programm einen für den abwägenden Duktus des gesamten Weißbuches typischen Passus:

Die Zukunft Taiwans muss von allen Menschen Taiwans gemeinsam entschieden werden; aber die Zukunft der beiden Seiten der Taiwanstraße muss (auch) von den Menschen auf beiden Seiten mit Weisheit und in Harmonie entschieden werden. Was Taiwan betrifft: Wenn wir mit einer noch größeren Toleranz und Liebe die Probleme zwischen unseren politischen Parteien und den ethnischen Gruppen angehen, werden alle mit noch größerer Weisheit die schwierige Situation zwischen den beiden Seiten überwinden können.<sup>33</sup>

Die PFP bemüht sich aus eigener Perspektive als einzige Partei um die Verbindung eines konkreten Modells der sino-taiwanesischen Annäherung mit praktischen Schritten ihrer Durchführung, und zwar durch die Strategie einer allmählichen wirtschaftlichen Integration nach dem Vorbild der Europäischen Union. Die Partei will nicht von chinapolitischen "Optionen" für die Zukunft sprechen, sondern sich allein auf praktische Schritte eines kontinuierlichen Annäherungsprozesses konzentrieren, dessen Verlauf offen sein und dessen Endpunkt nicht klar benannt werden soll. Der Direktor des Policy Research Center der PFP und maßgeblicher Verfasser des zitierten Weißbuches, Zhang Xianyao, gab in diesem Zusammenhang zu Protokoll:

Die Festlandspolitik der PFP unterscheidet sich erheblich von jener der DFP und der GMD. Die DFP betont ein taiwanesisches Bewusstsein (*yishi*), die GMD ein chinesisches. Die PFP meint, dass eine seriöse Chinapolitik sowohl die Interessen des taiwanesischen Volkes als auch den Wandel auf dem Festland berücksichtigen muss. Wir glauben, dass derzeit weder die Unabhängigkeit noch die Wiedervereinigung machbar sind. Außerdem sind das rein politische Optionen (*zhengzhixing de xuanze*). Wir befürworten einen prozessualen Integrationsansatz, der sich vor allem auf die Wirtschaft konzentriert. Wenn die wirtschaftliche Integration gut funktioniert, dann kann es zukünftig durchaus zur Wiedervereinigung kommen. Wenn nicht, dann können wir



vielleicht auch die Zweistaatlichkeit in Betracht ziehen (!), Darüber wird man aber möglicherweise erst in 50 Jahren entscheiden können.<sup>34</sup>

Es ist somit offenkundig, dass die PFP das Verhältnis zwischen Taiwan und der VR China nicht primär konzeptionell, sondern vor allem pragmatisch diskutieren und gestalten will. Die Integration auf wirtschaftlicher (und kultureller) Ebene soll der politischen Zielbestimmung eines zukünftigen Gesamtchinas vorausgehen. Zwar kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die PFP der GMD ideologisch weitaus näher steht als der DFP. Sie trifft jedoch den Nerv eines großen Teils der Bevölkerung, wenn sie auf die Belastung der chinapolitischen Debatte um den nicht zu entscheidenden Streit zwischen *tongyi* und *taidu* verweist und diese daher am besten in den Hintergrund stellen will. Wenn sie ihr Konzept bis zu den kommenden Parlamentswahlen im Dezember erfolgreich als pragmatischen Kompromiss zwischen den Positionen von GMD und DFP "verkaufen" kann und zusätzlich – wie von ihr behauptet – dafür die Unterstützung Beijings findet, dürfte das ihre Wahlchancen erheblich verbessern.<sup>35</sup>

#### *New Party (Xindang)*

Die Neue Partei, 1993 aus einer Abspaltung vor allem festlandchinesischer GMD-Parlamentarier und Parteiveteranen hervorgegangen, konnte seitdem die Rolle einer dritten Kraft im Legislativ Yuan spielen, wo sie seit den letzten Parlamentswahlen im Dezember 1998 11 Sitze hält. Angesichts der Gründung der Qinmindang, die nach allgemeiner Auffassung politischer Beobachter in Taiwan nicht nur unzufriedene GMD-Wähler, sondern auch die festlandchinesische Klientel für sich gewinnen will, ist die Zukunft der NP aber ungewiss, wenn nicht gar überaus pessimistisch zu beurteilen. Das Profil dieser Partei ist durch die Grenzlinien des überkommenen Provinzkonfliktes so eindeutig markiert, das die zu Beginn des Beitrags erwähnte allmähliche Einebnung dieses Konfliktes (und die zunehmende Hinwendung der Bevölkerung zu sachpolitischen Fragen) der Neuen Partei ihre Wählerbasis kosten könnte. Zwar darf die Persistenz "ethnischer Politik" in Taiwan und die Bedeutung der *taidu*-Frage für die Anziehungskraft der Parteien – ganz besonders zu Wahlkampfzeiten – wie bereits mehrfach gesagt nicht unterschätzt werden. Die Gruppe der Festlandchinesen bildet in diesem Kontext weiterhin einen wichtigen Stimmenblock, der noch über längere Zeit eine Partei nähren kann – vorausgesetzt es gelingt ihr, diesen Block in genügend großer Geschlossenheit auf ihre Seite zu ziehen. Aber ob die NP auf nationaler Ebene die 5-Prozent-Hürde noch einmal überspringen kann, ist nach einem Blick auf sämtliche Meinungsfragen nach den Märzahlen 2000 mehr als zweifelhaft. Dies wird auch in der Partei selbst offen eingestanden.<sup>36</sup>

34 Gespräch am 22. September 2000.

35 Nach Auskunft Zhang Xianyaos soll das Konzept der PFP mit Ausnahme seiner Bezüge auf die Existenz eines taiwanesischen Bewusstseins (*taiwan yishi*) auf die Zustimmung des chinesischen Vizepremiere Qian Qichen gestoßen sein, als dieser kurz vor der Veröffentlichung des Weißbuches eine Delegation der Partei in Beijing empfing (Gespräch am 22. September 2000).

36 So erklärte der amtierende Generalsekretär der Neuen Partei, Li Bingnan, mir gegenüber, dass sich seine Partei in den nächsten Wahlen zum Legislativ Yuan nur unter großen Schwierigkeiten werde halten können. Zu gering sei nach Maßgabe aller Umfragen der gegenwärtige Stimmenanteil von 1-2 Prozent (Gespräch am 28. September 2000).

Die NP betrachtete sich nach ihrer Gründung als die einzige Partei, die es mit der chinesischen Wiedervereinigung ernst meinte und die sich deshalb auch immer wieder als die "wahre Guomindang" (*zhenshide guomindang*) bezeichnete. Den Kräften um den damaligen Staats- und Parteichef Li Denghui, der sogenannten *mainstream*-Fraktion (*zhuliupai*) innerhalb der GMD, warf sie Verrat am gesamtchinesischen Nationalismus und einen nahezu unverhüllten Unabhängigkeitskurs vor.<sup>37</sup> Worin aber unterscheidet sich der chinapolitische Ansatz der NP von dem der GMD, aus der sie hervorging? Dazu kann zunächst das "politikstrategische Weißbuch" (*dang zhengce baipishu*) der Partei herangezogen werden, das sich in einem eigenen Teil mit den Beziehungen über die Taiwanstraße und mit der Festlandpolitik (*liangan-guanxi dalu zhengce*) beschäftigt.<sup>38</sup> In Punkt 1 der "grundlegenden Ansichten" (*jiben kanfa*) innerhalb dieses Teils heißt es:

Das 21. Jahrhundert ist das Jahrhundert der Chinesen, in dem die chinesische Wiedervereinigung unvermeidliche Kraft entfalten wird. Aber die Wiedervereinigung lehnt nicht nur an Weisheit an, sondern hängt mehr noch vom (richtigen) Zeitpunkt ab. Obwohl wir einer Wiedervereinigung zustimmen, sind wir deshalb doch nicht für eine überstürzte Wiedervereinigung. Die Wiedervereinigung kann auf dem Weg der Intensivierung des bilateralen Austausches, der Stärkung des wechselseitigen Vertrauens und der Angleichung der Systeme geschehen und nach zeitlicher Überprüfung mit friedlichen Mitteln nach und nach vollzogen werden. Wenn notwendig, so ist es durchaus möglich, dass dies erst von der kommenden Generation zu Ende gebracht wird.<sup>39</sup>

Wenn die VR China zukünftig ihr extremistisches System aufgebe, so der Argumentationsgang in den folgenden Passagen, könne unter der Voraussetzung einer Zustimmung der absoluten Mehrheit der taiwanesischen Bevölkerung (*zai taiwan jue da duoshu minyi zhichide qianti xia*) mit demokratischen Verhandlungen begonnen werden. Dabei solle die Souveränitätsfrage zunächst ausgespart werden; vielmehr möge man perspektivisch zunächst auf eine Konföderation (*banglian zhi*) zuarbeiten, aus der dann eine Föderation (*lianbang zhi*) hervorgeht. In unübersehbarem Gegensatz zur GMD plädiert die NP an dieser Stelle für eine Streichung der Nationalen Leitprinzipien, die gegen geltendes Verfassungsrecht verstießen, inhaltlich unbestimmt seien und unvernünftige politische Vorgaben machten.<sup>40</sup> Schließlich, so der letzte Punkt der "grundlegenden Ansichten", tritt die NP für ein formales Friedensabkommen zwischen Taiwan und der VR China ein.

Insgesamt wird deutlich, dass die Souveränität Taiwans für die NP ungeachtet ihrer gesamtchinesischen Orientierung genauso wenig zur Debatte steht wie bei den anderen Parteien, sie die Wiedervereinigung ebenfalls an eine Demokratisierung des

37 Das zweite zentrale *issue* der NP war von Beginn an der Kampf gegen die Korruption innerhalb der GMD.

38 Ich zitiere im Folgenden aus der Internetversion (<http://www.np.org.tw/np1/14/np14e.htm>). Daneben gibt es noch eine Buchfassung, die allerdings von der Internetversion abweicht und insbesondere im Abschnitt zur Festlandpolitik im Ton deutlich gemäßigter ausfällt. Vgl. Xindang, *2000nian zhengce gangling* (Das politische Programm der NP im Jahr 2000), Taipei 2000.

39 Ebd.

40 Li Bingnan gab mir gegenüber jedoch zu Protokoll, dass die NP keinesfalls die Leitprinzipien ablehne, sondern lediglich das darin verankerte Drei-Stufen-Programm. Die einzelnen Maßnahmen dieses Programms unterstütze man durchaus (Gespräch am 28. September).

politischen Systems der VR China bindet und sie als langfristiges Unterfangen ansieht, sich für eine schrittweise Annäherung durch direkte Kontakte – vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet – einsetzt und eine möglichst weitgehende internationale Bewegungsfreiheit für Taiwan einfordert. Als einzige Partei gibt sie allerdings ihren Vorstellungen von einer Wiedervereinigung systemische Gestalt, wenn sie von einem föderalen System als Zielperspektive spricht. Hierzu sagte der NP-Generalsekretär Li Bingnan:

Mit dem von uns angestrebten Föderalismus meinen wir im wesentlichen jenes Modell, das in den Verhandlungen zwischen der GMD und der KP China 1946 in Nanjing von den Kommunisten vorgeschlagen wurde. Dabei sollte der Provinzgouverneur direkt gewählt werden und die Provinzen ihre eigenen Angelegenheiten selbständig verwalten. Außerdem sollte es Provinzversammlungen geben. Im Prinzip liefe dies auf das amerikanische Föderalismusmodell hinaus. Allerdings sprechen wir nicht von einem amerikanischen System, sondern von dem in den Nanjinger Verhandlungen von der KP China vorgeschlagenen Modell. Dieses Föderalismusmodell ist unser endgültiges Ziel für die politische Organisation eines geeinten Chinas. Wir wollen von einer Konföderation (*banglian*) zum Modell "ein Land, zwei Systeme" übergehen und von dort zu einem föderalen Modell (*lianbang*) gelangen.<sup>41</sup>

### 3.3 Die Taiwanfrage in der politisch-intellektuellen Debatte in der VR China

Eher oberflächlich wird im Westen die innerchinesische Debatte zur Taiwanfrage zur Kenntnis genommen. Das mediale und auch das wissenschaftliche Interesse fokussiert sich allzu oft auf den offiziellen Standpunkt der Regierung in Beijing, oder man spekuliert über die Stärke der "Tauben" und "Falken" in der chinesischen Führung und diskutiert davon ausgehend die Wahrscheinlichkeit einer Militärintervention der Volksbefreiungsarmee (VBA) in Taiwan. Darüber gerät oft aus dem Blick, dass die Erörterung des Konfliktes und der Möglichkeiten der chinesischen Seite, ihn in ihrem Sinne zu lösen, durchaus differenziert verläuft.<sup>42</sup> Viele Beobachter im Lande sind sich einig, dass die Spielräume für die Taiwanpolitik Beijings begrenzt sind. Dieses Faktum wurde besonders intensiv in den Monaten nach dem Deutsche-Welle-Interview Li Denghuis Mitte 1999 und seinem Diktum von den "besonderen zwischenstaatlichen Beziehungen" zwischen der VR China und Taiwan diskutiert.

So analysierte der Politologe Shi Yinghong in einem Grundsatzartikel die damaligen Beweggründe Lis und kam zu dem Ergebnis, dass dieser die taiwanesischen Bevölke-

41 Gespräch am 28. September 2000.

42 Dabei kommt natürlich alles auf die Auswahl der Quellen an. Je partei- oder regierungsnäher diese sind, desto einsilbiger die Ausführungen zur Taiwanfrage. Im Folgenden konzentriere ich mich vor allem auf zwei Artikel der Zeitschrift *Zhanlüe yu guanli* (Strategy and Management), die als Sprachrohr nationalistisch-etatistisch eingestellter Intellektueller der jüngeren und mittleren Generation gilt. Angeblich aus Militärkreisen finanziert, hat sie sich in den letzten Jahren zu einem der qualitativ hochwertigsten Erzeugnisse auf dem wissenschaftlichen Zeitschriftenmarkt der VR China entwickelt, in dem immer wieder auch liberale bzw. partei- und regierungskritische Stimmen zu Wort kommen. Die im Folgenden zitierten Artikel stammen von Autoren aus öffentlichen *think tanks*, die zumindest einen Eindruck der chinesischen Diskussion über die Taiwanfrage jenseits der Ebene der regierungsoffiziellen Rhetorik vermitteln.

rung offenkundig an die militärische Krise (*junshi weiji*) in der Taiwanstraße gewöhnen wolle, um seinen Separatismus daraufhin nur umso besser vorantreiben zu können. Er baue dabei auf die Erfahrung einer fünfzigjährigen Abtrennung Taiwans vom Festland und den daraus resultierenden Unterschieden mit Blick auf das soziale System, die Ideologie, das wirtschaftliche Entwicklungsniveau und die Lebensbedingungen zwischen den beiden Seiten sowie auf die Unterstützung Taiwans durch die USA. Doch könne dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass nur ein kleiner Teil der Inselbewohner zum Separatismus neige und die Mehrheit davon wiederum vor allem an wirtschaftlichem Reichtum, sozialer Stabilität und militärischer Sicherheit interessiert sei. Daher müsse die militärische Bedrohung Taiwans genau so dosiert sein, dass der Separatismus in Schach gehalten und nicht etwa – durch anti-chinesische Solidarisierungseffekte – angefacht werde.<sup>43</sup>

Das wesentliche Hindernis auf dem Weg zur Lösung der Taiwanfrage, so Shi Yinghong weiter, seien die USA. Sie wollten diese Frage offen halten, um einen politischen *bargaining chip* gegenüber Beijing in den Händen zu halten und über eine strategische Pufferzone vor den Küsten Chinas zu verfügen. Deshalb auch werde Washington den taiwanesischen Separatismus stets entsprechend seiner eigenen Interessen zu kontrollieren versuchen – weder dürfe er zu radikal noch zu gemäßigt sein. Dieser Tatbestand werde die Taiwanfrage noch auf lange Sicht unlösbar machen und spiegele insofern die schwierige – gemeint ist hier: gegenüber den USA schwache – internationale Stellung der VR China wider.<sup>44</sup>

Interessant ist die Einschätzung des Autors hinsichtlich der Einstellung der festländischen Bevölkerung zu Taiwan. Diese messe der nationalen Einheit bzw. Wiedervereinigung zwar einen hohen Wert bei, doch ein ebenso wichtiger Wert bilde für sie das Ziel einer umfassenden Modernisierung Chinas. Wenn es nun also wegen Taiwan zu einem militärischen Konflikt komme, der zudem durch die Einmischung der Vereinigten Staaten lange andauere, und wenn man außerdem noch gegen Chinesen kämpfen müsse, so dürfe man nicht auf eine anhaltende, positive Unterstützung der eigenen Bevölkerung zählen. In diesem Fall könne es sogar zu einer Entscheidung der Menschen gegen Taiwan – also gegen eine Wiedervereinigung – kommen (!).<sup>45</sup> Deshalb hänge alles von der Wahl der richtigen strategischen Optionen ab.

Korrekt, so Shi Yinghong, sei die Entscheidung der chinesischen Regierung, die Androhung von Gewalt gegenüber Taiwan nicht aufzugeben, um den Anspruch auf die Einheit des Vaterlandes zu untermauern und die mit dem Ausland kooperierenden *taidu*-Kräfte zu kontrollieren. Aber dennoch dürfe nicht verkannt werden, dass man sich hier in einem Dilemma befinde: So werde ein "kleiner Schlag" (*xiaoda*) gegen die Insel wohl kaum ausreichen, den Separatismus auszuschalten. Ein "großer Schlag" (*dada*) hingegen dürfte unweigerlich dazu führen, dass die taiwanesischen

43 Shi, Yinghong, "Kunnan yu xuanze: dui taiwan wentide sikao" (Schwierigkeiten und Optionen: Überlegungen zur Taiwanfrage), in: *Zhanlüe yu guanli*, (1999) 5, S. 1-4, hier 2. Der Autor arbeitet am Zentrum für Internationale Strategische Studien des Nanjinger Instituts für Internationale Beziehungen (Nanjing guoji guanxi xueyuan guoji zhanlüe yanjiu zhongxin).

44 Shi, Yinghong, "Kunnan yu xuanze", a.a.O., 3.

45 Shi, Yinghong, "Kunnan yu xuanze", a.a.O., 4.

Autoritäten die Unabhängigkeit der Insel erklären. Außerdem müsse man die militärische Schlagkraft gegenüber Taiwan und die Interventionsbereitschaft der USA genau prüfen. Beide Faktoren setzen nach Shi Yinhong einem militärischen Vorgehen Beijings Grenzen.

Wie aber soll man vor diesem Hintergrund konkret verfahren? Hier nun nannte Shi Yinhong insgesamt vier Punkte, die im wesentlich bereits vom Autor getroffene Feststellungen wiederholen. So sei die Androhung militärischer Gewalt aufrechtzuerhalten, um die Kräfte einer taiwanesischen Unabhängigkeit zu schwächen; nur bei einer hohen Glaubwürdigkeit der Gewaltoption könne man darauf setzen, nicht zu einer militärischen Intervention gezwungen zu werden. Gleichzeitig müsse eine angemessene Taiwanpolitik betrieben werden, die die *taidu*-Kräfte schwäche und die *tongyi*-Kräfte stärke – die also das feindlich Lager (*diduide zhenying*) spalte. Außerdem seien alle Anstrengungen zu unternehmen, das außenpolitische Umfeld für die VR China zu verbessern. Dies erfordere vor allem friedliche und konstruktive Beziehungen zu den USA. Zuletzt müsse man sich über die zentrale Bedeutung des Aufbaus eines demokratischen Rechtssystems und der Implementierung politischer Systemreformen im eigenen Lande klar sein. Denn damit gewinne man ebenso wie mit den Reformen des Wirtschaftssystems die Anerkennung der öffentlichen Meinung im Westen und in Taiwan – eine wesentliche Bedingung für die Erreichung der außenpolitischen Ziele Beijings. Nur Kontinuität auf dem Weg der Reformen und des wirtschaftlichen sowie militärischen Aufbaus, so schloss Shi Yinhong seinen Beitrag, verspreche China umfassenden Erfolg.<sup>46</sup>

Der Politologe Zhang Zuqian betonte noch stärker als sein Kollege Shi Yinhong die Notwendigkeit einer raschen Modernisierung der Volksbefreiungsarmee, um gegenüber den Unabhängigkeitskräften in Taiwan und den anti-chinesischen Kräften im Westen glaubwürdig zu bleiben.<sup>47</sup> Am Ende könne nur militärischer Druck die taiwanesischen Autoritäten davon überzeugen, dass es zu einer friedlichen Lösung der Taiwanfrage nach dem Modell "ein Land, zwei Systeme" keine Alternative gebe. Die Fähigkeit Chinas, die Taiwanfrage nach den eigenen Vorstellungen zu lösen, sei zudem ein Indiz für die weltpolitische Stärke des Landes Chinas. Es müsse die Auffassung bestimmend sein, dass China in seiner Taiwanpolitik völlig unabhängig von der internationalen Meinung agieren könne, was jedoch leistungsstarke Streitkräfte voraussetze. Nur die Modernisierung der nationalen Verteidigung könne die anti-chinesischen Kräfte – allen voran die USA – in die Schranken weisen.<sup>48</sup>

Doch müsse China jede militärische Zwangsmaßnahme genau erwägen und dürfe keinesfalls den Fehler machen, vorschnell zu handeln. Nur wenn man auch sicher sei zu gewinnen – so der Tenor des Autors – könne man sich auf einen Krieg um Taiwan einlassen. Anderenfalls werde man ein Opfer der westlichen Anti-China-Kräfte, denen es mit ihrer Unterstützung der Unabhängigkeit Taiwans im Kern um die Blockierung des chinesischen Reformprozesses gehe. Freilich handele es sich bei der

---

46 Ebd.

47 Zhang, Zuqian, "Guofang xiandaihua yu taiwan wenti (Die Modernisierung der nationalen Verteidigung und die Taiwanfrage)", in: *Zhanlue yu guanli*, (1999) 6, S. 45-49. Der Autor arbeitet am Shanghai Institut für Internationale Fragen (Shanghai guoji wenti yanjiusuo).

48 Zhang, Zuqian, "Guofang xiandaihua yu taiwan wenti", a.a.O., 46-48.

Modernisierung der Streitkräfte um einen langfristigen Prozess. Einstweilen müsse man am Ein-China-Prinzip festhalten und den internationalen Raum Taiwans limitieren. In diesem Fall, so Zhang Zuqian, werde kein wichtiges Land eine taiwanische Unabhängigkeitserklärung anerkennen.<sup>49</sup> Von zwei Dingen sei jedoch abzusehen: Erstens dürfe kein Zeitplan für die Lösung der Taiwanfrage verkündet, zweitens gegenüber den *taidu*-Kräften keine *bottom-line* (*dixian*) formuliert werden. Denn dann setze man sich möglicherweise zu einem Zeitpunkt selbst unter Zugzwang, an dem man noch nicht ausreichend gut auf den Ernstfall vorbereitet ist. Oder man lege sich unnötige Fesseln für den Fall an, dass die Lösung der Taiwanfrage bereits früher möglich ist, als es ein bestimmter Zeitplan vorsehe oder die Übertretung einer *bottom-line* erzwingt.<sup>50</sup> Mit anderen Worten: Wenn man militärisch gewappnet ist, dann sollte man sofort zur Tat schreiten.

Die Gewinnung einer hohen militärischen Schlagkraft, kluges Taktieren und Handeln, das Festhalten am Ein-China-Prinzip sowie unermüdliche Entschlossenheit zur Lösung der Taiwanfrage – dies sind die Anweisungen Zhang Zuqians an die politisch Verantwortlichen in der chinesischen Führung für ihren Umgang mit dem Westen und Taiwan. Man mag die Konzentration auf die militärische *ultima ratio* für gefährlich halten – eine unmittelbare Kriegsgefahr in der Taiwanstraße wird damit gerade nicht signalisiert. Denn der Autor ist sich sehr klar darüber, dass es bis zu der avisierten militärischen Überlegenheit der chinesischen Streitkräfte über jeden potentiellen Gegner noch sehr lange dauern wird. Bis dahin bleibt der chinesischen Regierung mit Blick auf Taiwan nicht viel mehr als die Ausübung diplomatischen Drucks und die Demonstration politischer Standfestigkeit – und die Hoffnung, dass beides ausreichen möge, die Staatengemeinschaft von einer Neuausrichtung ihrer Taiwanpolitik abzuhalten.

Dieser kleine Ausschnitt aus der innerchinesischen Debatte weist zumindest auf eine bestimmte Zahl sachlich analysierender Wissenschaftler und Politikberater hin, die einer realistischen und geduldigen Taiwanpolitik das Wort reden, wenig von militärischen Drohgebärden halten und für eine langfristige Strategie werben, die dem Gleichschritt von wirtschaftlicher Entwicklung und militärischer Modernisierung eine besondere Bedeutung beimisst.<sup>51</sup> Durch die Stärkung der relativen Position der VR China im internationalen Machtgefüge (durch umfassende, vor allem militärische Modernisierung) und eine damit verbundene weltpolitische Einflusszunahme (vor allem gegenüber den USA) sollen die Bedingungen dafür geschaffen werden, die Taiwanfrage möglichst friedlich, notfalls aber eben auch mit Gewalt zu lösen.

49 Ebd. Aus diesem Argument spricht eher die Hoffnung, dass der diplomatische Druck der chinesischen Regierung auf die Staatengemeinschaft ausreichen werde, eine Internationalisierung der Taiwanfrage zu verhindern – genau solange, bis die militärische Stärke Chinas keine Rücksicht auf die Staatengemeinschaft mehr verlangt.

50 Zhang, Zuqian, "Guofang xiandaihua yu taiwan wenti", a.a.O., 49.

51 Vgl. hierzu auch prägnant Chen, Xiaolü, "Shouwou zhudong bixu jinshen xingshi (Die Initiative ergreifen heißt vorsichtig handeln)", in: *Zhanlüe yu guanli*, (2000) 3, S. 118-119. Chen unterstreicht die Gefahr, sich aus einer Position der wirtschaftlichen Schwäche in militärische Abenteuer zu stürzen. Zu militärischen Maßnahmen könne man erst auf einer genügend starken ökonomischen Basis greifen. In seinem Schlußsatz bringt der Autor sein Credo auf die folgende Formel: "Wenn China eine den USA vergleichbare, umfassende nationale Stärke (*zonghe guoli*) besitzt, was für ein Taiwanproblem könnte es dann noch geben?" (119).

Da diese Überlegungen nicht ohne Wirkung auf die Meinungsbildung in der Parteiführung bleiben dürften bzw. selbst Spiegelbild dortiger Überlegungen sind, scheint klar: Eine besonders hohe Dringlichkeit oder gar militärische Virulenz besitzt das Taiwanproblem im Gegensatz zu der im Westen weitläufigen Meinung derzeit nicht.<sup>52</sup> Allerdings heißt das nicht, dass man auf Seiten der chinesischen Regierung nicht immer wieder genau diesen Eindruck erweckt, wenn es Schwierigkeiten an der "internationalen Front" gibt und der Westen von seiner bisherigen Unterstützung der Ein-China-Politik Beijings abzurücken droht.

Was in der innerchinesischen Debatte auffällig fehlt, ist eine realitätsgerechte Analyse der taiwanesischen Innenpolitik und der dynamischen Entstehung eines taiwanesischen Nationalgefühls.<sup>53</sup> Zudem werden die Befürworter einer Unabhängigkeit schlicht als Minderheit abgetan, die man durch eine kluge Politik und die Unterstützung der *tongyi*-orientierten Kräfte erfolgreich isolieren zu können glaubt. Das ausgewiesene Mehrheitslager der Status quo-Befürworter verortet man in der VR China offenkundig pauschal auf der Seite von *tongyi*, obwohl sich diese These bei einer genaueren Betrachtung der diesbezüglichen Umfragen in Taiwan nicht halten lässt.<sup>54</sup> Die hier festzustellende Trennung von politischer und kultureller (chinesischer) Identität und die damit verbundene Neudefinition der chinesischen Nation als kulturell ganzheitlich, politisch jedoch multistaatlich verfasst, wird in der VR China sowohl von politischer als auch von wissenschaftlicher Seite ignoriert. Man kann und will sich auf dem Festland nicht vorstellen, dass die Mehrheit der Bevölkerung Taiwans keinen Widerspruch zwischen einer vollumfänglichen Eigenstaatlichkeit der Insel und ihrem Bekenntnis zur Zugehörigkeit zur chinesischen Nation sieht – und dass diese Haltung kaum mehr beeinflussbar ist von der Politik Beijings. Demgegenüber hält man aus idealistischen oder opportunistischen Gründen auch unter chinesischen Wissenschaftlern an der Fiktion fest, die Mehrheit der Taiwaner teile das Ein-China-Prinzip im Sinne einer nicht hinterfragbaren *staatlichen* Einheit Chinas und befände sich daher grundsätzlich betrachtet in Gegnerschaft zu den *taidu*-Aktivisten.<sup>55</sup> Richtig ist allerdings die Erkenntnis, dass die Androhung militärischer Gewalt die taiwanesischen Bevölkerung hinter ihrer Regierung zusammenschließt

52 Diese Einschätzung entspräche Meldungen im Anschluß an die erwähnte Sommertagung des KP-Politbüros in Beidaihe, denen zufolge die Taiwanfrage an Bedeutung hinter anderen Themen wie etwa der Reform der Staatsbetriebe und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit rangiert haben soll und man sich darauf verständigte, zukünftig eine weniger konfrontative Politik gegenüber der Inselrepublik zu betreiben (vgl. *China aktuell*, [2000] 8, S. 822 f.).

53 Vgl. hierzu stellvertretend für viele vergleichbare Artikel den Beitrag von Zhang Wenmu über das 1999 von Li Denghui publizierte Buch *Taiwanese Ansichten (Taiwande zhuzhang)*, "Taiwan wenti yu zhongguo qiantu (Die Taiwanfrage und die Zukunft Chinas)", in: *Zhanlüe yu guanli*, (1999) 5, 5-15.

54 Vgl. hierzu Schubert, Gunter, *Der Kampf um die Nation*, a.a.O., Kap. 5.

55 Nur so ist zu erklären, wie der chinesische Historiker Xiao Gongqin zu der irrigen Annahme gelangt, der neue taiwanese Präsident Chen Shuibian werde sich nach einem harten Verhandlungsprozess mit seiner Partei, der DFP, durchaus auf das Ein-China-Prinzip einlassen und – ganz im Sinne eines verantwortungsvollen Staatslenkers – Abschied von *taidu* nehmen können. Dies sei eine Zeitfrage. Vgl. Xiao, Gongqin, "Chen Shuibian dangquan yihou de liangan guanxi: yizhong jinshende qidai (Die Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße nach der Wahl Chen Shuibians: eine Art vorsichtiger Hoffnung)", in: *Zhanlüe yu guanli*, (2000) 3, S. 115-116, hier 116.

und die zumindest in Taiwan als Option gehandelte Perspektive einer friedlichen Wiedervereinigung in weite Ferne rücken lässt.

#### 4 Fazit: Auswege aus dem derzeitigen *deadlock* im sino-taiwanesischen Verhältnis?

Die sino-taiwanesischen Beziehungen befanden sich bereits vor der Inaugurierung Chen Shuibians im Mai 2000 in einer Sackgasse. So waren die Gesprächskanäle zwischen den Regierungen der beiden Seiten spätestens seit dem Deutsche-Welle-Interview Li Denghuis im Juli 1999 blockiert, was zu einem prekären sicherheitspolitischen Zustand in der Taiwanstraße führte. Dieser *deadlock* ist seit den Präsidentschaftswahlen verdoppelt worden, denn seitdem stehen sich auch die parteipolitischen Lager auf der Insel – hier die DFP mit ihrer erkennbaren Präferenz für *taidu*, dort GMD, PFP und NP mit einer ebenso deutlichen *tongyi*-Perspektive – unveröhnlich gegenüber. An diesem Tatbestand hat sich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Dezember 2000) nichts geändert und es ist auch nicht abzusehen, wann dies geschehen könnte. Sicher ist allein, dass nur dann Bewegung in die bilateralen Beziehungen zwischen Taiwan und der VR China kommt, wenn eine der beiden Seiten maßgeblich von ihrer derzeitigen Position in dem Konflikt abrückt. Für die konzeptionelle Seite bedeutet das: Entweder gibt die chinesische Regierung ihre harte Haltung in der Definition des Ein-China-Prinzips auf und nimmt den sogenannten Kompromiss von 1992 ernst, demzufolge beide Seiten der Taiwanstraße an ihrer eigenen Interpretation des Ein-China-Prinzips festhalten<sup>56</sup>; dann stünde die Tür für pragmatische Verhandlungen weit offen, während die Entscheidung der Souveränitätsfrage allerdings auf einen nicht determinierbaren Zeitpunkt vertagt wäre. Oder die Regierung Chen bekennt sich zur chinesischen Wiedervereinigung als der *einzig*en Option für die sino-taiwanesische Zukunft und nimmt der Beijinger Führung damit einen guten Teil ihres Misstrauens – was allerdings nur mit einer deutlichen Modifizierung der derzeit gültigen chinapolitischen Grundsatzpositionen der DFP vereinbar ist.

Unter den derzeit gegebenen politischen Bedingungen ist weder die eine noch die andere Alternative wirklich vorstellbar. Erfolgreicher könnte ein "dialektischer" Ansatz sein, bei dem sich die chinesische Seite die GMD-Formel der 90er-Jahre, der zufolge Taiwan und das Festland beide ein Teil Chinas bilden und sich explizit zur Wiedervereinigung bekennen, als *offizielle* Sprachregelung zueigen macht und gleichzeitig die DFP-geführte Administration in Taiwan in eindeutiger Form zu eben dieser Position ihrer GMD-Vorgängerregierung übergeht. Die dürfte nach Stand der Dinge der chinesischen Führung wohl um einiges leichter fallen als der Chen-Administration, die unter erheblichem Druck des *rank and file* der DFP steht und zudem nicht das Risiko eingehen will, nach einem Einlenken auf der konzeptionellen Ebene unter noch größeren Druck auf der Ebene der praktischen Politik zu kommen. Denn haben sich erst einmal alle Kräfte auf Taiwan zur Wiedervereinigung bekannt, wird

56 Es sei noch einmal betont, dass es aus Sicht der VR China einen solchen Kompromiss nicht gegeben hat, solange daraus eine Kompromittierung des Ein-China-Prinzips nach Lesart Beijings abgeleitet wird. Das aber ist für die chinesische Regierung dann der Fall, wenn Taiwan eine mit dieser Lesart nicht konforme Definition in Anschlag bringt.



die VR China wahrscheinlich sofort nach einem konkreten Zeitplan ihrer Umsetzung verlangen. Weil gleichzeitig die internationale Unterstützung für einen eigenständigen politischen Kurs Taiwans dann wahrscheinlich noch weiter schwinden würde, verringerte sich der Handlungsspielraum Taibeis gegenüber der chinesischen Regierung auf ein nicht mehr relevantes Maß.

Für die Zukunft pessimistisch stimmen muss aus chinesischer Perspektive, dass auch von den anstehenden taiwanesischen Parlamentswahlen im Dezember 2001 keinerlei weitgreifende Veränderung der innenpolitischen Lage zu erwarten ist. Da mit hoher Wahrscheinlichkeit keine der großen Parteien eine absolute Mehrheit erringen wird, reicht es für die Opposition im günstigsten Fall nur zu einer Mehrheitskoalition von GMD und PFP gegen die DFP. Der beschriebene *deadlock* zwischen den chinapolitischen Konzepten der taiwanesischen Parteien bliebe dann auf jeden Fall erhalten, denn als noch über zwei Jahre im Amt befindlicher Präsident würde Chen Shuibian weiterhin die Gestaltung der Beziehungen zum Festland an maßgeblicher Stelle mitbestimmen und die Position der DFP zur Geltung bringen. Möglicherweise würde sich der Konflikt mit der VR China in einem solchen Fall sogar noch verschärfen, weil eine bei den Parlamentswahlen geschlagene DFP, die aber noch den Präsidenten stellte, sich wieder zu besonderen Profilierungsanstrengungen in der *taidu*-Frage gezwungen fühlte.

Was könnte nun beide Seiten – hier die chinesische Führung, dort eine DFP-geführte taiwanesische Regierung – dazu veranlassen, sich aufeinander zuzubewegen. Um es kurz und provokativ zu sagen: Nicht viel! Sollte die chinesische Seite ungeachtet allen Säbelrasselns tatsächlich auf eine eher langfristig angelegte Politik setzen, die Taiwan aus einer Position der Stärke allmählich in einen Wiedervereinigungsprozess hineinzuzwingen anstrebt, kann und wird sie dauerhaft auf ihrer Version des Ein-China-Prinzips beharren und den Konflikt einmal auf kleinerer, einmal auf größerer Flamme kochen, ohne ihn wirklich eskalieren zu lassen. Aber auch eine DFP-Regierung wird keine Zugeständnisse machen müssen, solange eine militärische Auseinandersetzung mit der VR China aus den zuvor genannten Gründen nicht zu befürchten ist. Mit anderen Worten: Ein unmittelbarer Handlungsbedarf, zumindest aber Handlungswille, besteht bei den maßgeblichen Akteuren beider Seiten gegenwärtig und auf absehbare Zeit nicht.

Die chinesische Führung wird die Entwicklung in ihrer "Renegatenprovinz" weiterhin genau beobachten und das ihr (begrenzt) Mögliche tun, die Wiedervereinigung sowohl in Taiwan als auch auf internationalem Parkett "in der Debatte" zu halten. Ihre größte Sorge ist heute weniger ein zunehmender innertaiwanesischer Stimmungsumschwung in Richtung *taidu*, sondern eine Internationalisierung der Taiwanfrage und die damit verbundene Thematisierung neuer "Modelle" nach deutschem oder koreanischem Vorbild (vgl. unten). Die DFP-geführte Regierung unter einem mindestens noch bis 2004 amtierenden Präsidenten Chen Shuibian wird hingegen *tongyi* weiterhin lediglich als grundsätzliche Option eines auf demokratischem Wege herbeigeführten Volksentscheids betrachten und sich ansonsten auf ihre "pragmatische Annäherungspolitik" konzentrieren. Der Einzug der beiden Staaten in die WTO dürfte – so jedenfalls die "funktionalistische Hoffnung" – einer Annäherung "jenseits aller Ideologie" eine beachtliche Dynamik geben, sodass sich

die von der GMD allenthalben geäußerten Befürchtungen einer anhaltend instabilen Lage in der Taiwanstraße als erheblich übertrieben erweisen könnten. Mit anderen Worten: Die Lage in der Taiwanstraße ist nach den Präsidentschaftswahlen und der Regierungsübernahme durch einen DFP-Politiker heute nicht prekärer als in den letzten Jahren der Administration von Li Denghui. Der schon damals gegebene Stillstand in den sino-taiwanesischen Verhandlungen über die Bedingungen einer Wiedervereinigung hat durch die zweiten direkten Präsidentschaftswahlen nicht zu einer wirklich kritischen Verschärfung der sicherheitspolitischen Lage in der Taiwanstraße geführt.

Gleichwohl kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine krisenhafte Zuspitzung des Souveränitätskonflikts über Taiwan angesichts der komplexen innenpolitischen Machtkonstellationen in der VR China – vor allem mit Blick auf das intransparente Verhältnis zwischen (Teilen) der zivilen und militärischen Führung sowie vor dem Hintergrund der schwelenden Legitimationskrise der KP China – jederzeit möglich ist. Daher liegt es auch in der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, auf eine langfristige Entspannung in der Taiwanfrage hinzuwirken. Was nun die europäischen Länder bzw. die Europäische Union anbelangt, so ist man dort bisher über Appelle für eine friedliche Lösung des Konfliktes nicht hinausgekommen. Die Position Beijings wird im Wesentlichen übernommen, der zufolge Taiwan ein Teil Chinas ist, das rechtmäßig von der VR China repräsentiert wird. Es überwiegt die Haltung, Politik und Wirtschaft klar voneinander zu trennen und die Taiwanfrage möglichst nicht im Detail zu erörtern. Dies ist zweifellos ein rationales Verhalten, denn das europäische Interesse an der asiatisch-pazifischen Region bzw. an China ist vor allem ökonomischer, nicht aber geostrategischer Natur. Es macht aus dieser Sicht wenig Sinn, seine guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur VR China für eine kleine Insel aufs Spiel zu setzen, deren wirtschaftliche Prosperität und politische Freiheiten durch das Beijinger Modell "ein Land, zwei Systeme" ja ebenso gewahrt werden sollen wie die Hongkongs. Warum sollte sich Taiwan also nicht auf ein Zusammengehen mit der VR China einlassen?

Immerhin hat der taiwanische Demokratisierungsprozess der letzten zehn Jahre auch in Europa das öffentliche Interesse an der Inselrepublik – gewissermaßen im Gleichschritt mit der wachsenden medialen und wissenschaftlichen Präsenz der VR China – gesteigert. Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um die politische Zukunft des "Reiches der Mitte" wird Taiwan zunehmend als Beispiel für eine "chinesische Demokratie" herangezogen, an der sich das Festland orientieren könne. Gleichzeitig ist der chinesische Souveränitätsanspruch über die Insel in den letzten Jahren auch in Europa unter einen größeren Rechtfertigungszwang geraten. Allmählich kommt so jenseits der offiziellen Politik des Appells (für eine friedliche Lösung des Konflikts und für eine pragmatische Politik der Annäherung zwischen den beiden Seiten) eine Debatte über konzeptionelle Neuansätze in der Taiwanfrage in Gang, an der Europa sich beteiligen könnte. In Deutschland stößt man dabei zwangsläufig auf das "deutsche Modell".

Im "deutschen Modell" zwischen 1972 (dem Jahr der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages) und 1989 sicherten sich die beiden deutschen Teilstaaten u.a. gegenseitige Anerkennung zu (obwohl die Beziehungen zwischen diesen

beiden Staaten aus westdeutscher Sicht immer von "besonderer Art" waren und keinen vollumfänglichen diplomatischen Charakter besaßen). Die westdeutsche Regierung hielt weiter an der Idee einer gemeinsamen deutschen Nation fest sowie daran, dass die Bürger in beiden deutschen Teilstaaten zu gegebener Zeit über eine Wiedervereinigung entscheiden sollten. In den Jahren nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages wurden zahlreiche bilaterale Abkommen unterzeichnet und umgesetzt, die die Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin maßgeblich entspannten, den Kontakt zwischen den Bevölkerungen auf beiden Seiten intensivierten und damit maßgeblichen Anteil an der Herstellung der Bedingungen für die dann tatsächlich vollzogene Wiedervereinigung hatten. Die DDR lehnte freilich den gesamtnationalen Gedanken mit seinem Postulat eines deutschen Einheitsstaates spätestens seit der zweiten Hälfte der 60er-Jahre ab.

Eine klare Wiedervereinigungsperspektive gekoppelt an eine pragmatische Annäherungspolitik – dies hat das "deutsche Modell" ungeachtet aller historischen Spezifika zumindest mit den Vorstellungen der chinesischen Regierung sowie der politischen Opposition in Taiwan (GMD, PFP, NP) gemein. Allerdings hat man in der VR China die damit einhergehende Gefahr einer fortgesetzten Internationalisierung der Taiwanfrage klar erkannt. Erstmals widmete man im letzten "Taiwan-Weißbuch" dem "deutschen Modell" ein eigenes Kapitel und versuchte darin, dessen Nicht-Anwendbarkeit auf den chinesischen Fall systematisch nachzuweisen.<sup>57</sup> Die chinesische Regierung bemüht sich vermissen darum, jede internationale Einmischung in die Diskussion über die Zukunft Taiwans zu unterbinden, und besteht darauf, dass es sich hier um eine rein innerchinesische Angelegenheit handele. Sie befürchtet, eine internationale Anerkennung Taiwans würde die Eigenstaatlichkeit der Inselrepublik zementieren bzw. die nationale Wiedervereinigung letztlich an den zeitlich nicht verbindlich zu definierenden Erfolg einer pragmatischen Annäherungspolitik binden. Wegen dieser kategorischen Ablehnung stimmen letztlich aber auch GMD, PFP und NP gegen einen Ansatz nach dem Muster des "deutschen Modells" – nicht unbedingt wegen ihres ausgeprägten *tongvi*-Idealismus, sondern vor allem aus der Befürchtung heraus, jeder Anschein einer international anerkannten Staatlichkeit Taiwans würde von der chinesischen Führung so kompromisslos bekämpft, dass allen Versuchen des Aufbaus konstruktiver Beziehungen mit dem Festland der Boden entzogen wäre. Mit den Präferenzen der DFP wiederum geht das "deutsche Modell" nicht konform, weil man dort den darin enthaltenen Einheitsstaatsgedanken ablehnt und für ein prinzipiell vom Festland politisch unabhängiges Taiwan eintritt. Unter diesen Voraussetzungen aber hat das "deutsche Modell" derzeit weder in der VR China noch in Taiwan eine Chance.

Diese Feststellung sollte aus europäischer Perspektive aber nicht dazu verleiten, diesen Ansatz sofort zu den Akten zu legen. Bei genauerem Hinsehen geht es vor

---

57 Eine englische Fassung des Weißbuches findet sich unter <http://www.china.org.cn/e-white/index.html>. Genauso wird jede Vergleichbarkeit mit dem "koreanischen Modell" abgelehnt, bei dem nicht nur die wechselseitige Anerkennung einer koreanischen Zweistaatlichkeit gegeben ist, sondern darüber hinaus auch ein von *beiden* Seiten vertretener Wiedervereinigungsgedanke. Vgl. hierzu etwa "Cuowude leibi yu zhenshide yongxin. Taiwan wenti buneng fangxiao chaohan moshi (Falsche Analogie und wahre Absicht. Die Taiwanfrage kann nicht auf das koreanische Modell angewendet werden)", in: *Liangyan guanqiao* (Beijing), (August 2000) 8, S. 5-11.

allem um drei Aspekte, die der Anwendung eines "deutschen Modells" entgegenstehen: Erstens, die VR China misstraut dem Willen der politischen Kräfte in Taiwan, die Wiedervereinigung wirklich zu wollen. Zweitens, GMD, PFP und NP lehnen das "deutsche Modell" vor allem deshalb ab, weil sie den chinesischen Widerstand dagegen fürchten. Drittens schließlich, die DFP fürchtet, dass jedes Einlenken in der Frage einer ultimativen Wiedervereinigung – wie hoch man die Bedingungen dafür auch immer schraubt – aufgrund des autoritären Charakters des chinesischen Regimes die Existenz Taiwans als souveräner Staat unmittelbar gefährdet. Alle drei Aspekte sind direkt aufeinander bezogen, wenn nicht gordisch miteinander verknotet.

Dieser Knoten kann letztlich nur dann durchschlagen werden, wenn das Ein-China-Prinzip neu definiert wird und dabei die nationale Idee prinzipiell getrennt wird vom chinesischen Einheitsstaatsgedanken – wenn also vor allem die VR China anerkennt, dass Staat und Nation nicht miteinander identisch sind, obwohl die Nation natürlich unter Einhaltung demokratischer Regeln nach einem gemeinsamen Staat streben darf. Letzteres will die politische Opposition Taiwans explizit, und auch die DFP verschließt sich dieser Möglichkeit nicht grundsätzlich, wenn sie ein Referendum über den politischen Status Taiwans – also auch über die Wiedervereinigung – ausdrücklich zulässt. Wiedervereinigung ist in Taiwan somit für viele ein Ziel, für alle jedoch eine Möglichkeit, solange sie demokratisch zustande kommt und von einer substantiellen Mehrheit der Bevölkerung eingefordert wird. Da man in Taiwan heute auch in den Reihen der DFP die nationale Zugehörigkeit der Insel zum chinesischen Kulturkreis mehrheitlich nicht mehr infrage stellt<sup>58</sup> und sich eben deshalb zu einer engen Verwandtschaft mit dem Festland bekennt, ist es letztlich die Frage der demokratischen Entscheidungsfindung, die die beiden Seiten der Taiwanstraße voneinander trennt. Wer also eine friedliche Lösung des Konfliktes zwischen Beijing und Tabei fordert (wie etwa die deutsche Bundesregierung), der muss diese demokratische Entscheidungsfindung einfordern – und kann sich dabei mit gutem Gewissen auf das "deutsche Modell" berufen. Die chinesische Führung hingegen wird eines Tages entscheiden müssen, ob sie zu den Waffen greift oder darauf vertraut, dass Taiwan und das Festland nach Maßgabe der Prinzipien eines liberalen Nationalismus zu einer gemeinsamen Staatlichkeit finden – ohne es als pathologisch zu empfinden, wenn Staat und Nation getrennt voneinander bleiben und sich die nationale Idee "nur" noch auf das Bekenntnis zu den gemeinsamen kulturellen Wurzeln beschränkt.

58 Die Anfang der 90er Jahre noch intensive Diskussion über einen taiwanesischen Nationalismus bzw. die Existenz einer genuinen taiwanesischen Kultur, die ethno-historisch von der chinesischen Kultur zu unterscheiden sei, spielt heute keine Rolle mehr. Dem taiwanesischen Ethno-Nationalismus ist nach meiner Wahrnehmung ein Staatsnationalismus gefolgt, der die taiwanesische Nation vor allem an den liberalen Verfassungsstaat bindet und ihr auf der kulturellen Ebene ihre chinesische Identität lässt. Vgl. hierzu auch Ichiro, Numazaki, "The Real Community under Imagined States: The Socio-economic Transformation and Rise of the New Taiwan Consciousness in Contemporary Taiwan", in: Huang, Shu-min/Hsu Cheng-kuang, *Imagined China. Regional Division and National Unity*, Taipei: Institute of Ethnology, Academia Sinica, 1999, 253-264.